

Im Auftrage des Gouverneurs des Distrikts Warschau
SA-Gruppenführer **Dr. Ludwig Fischer**
unter Benutzung amtlicher Unterlagen
bearbeitet von **Dr. Friedrich Gollert**,
Persönlicher Referent des Chefs des Amtes und Leiter des Amtes für Raumordnung.

Alle Illustrationen entstammen dem Original. Aufnahmen: Professor Heinrich Hoffmann, Reichsbildberichterstatter der NSDAP., Photo-Bil, Warschau. Amateur-Aufnahmen aus einem vom "Deutschen Kulturring Warschau e. V." ausgeschriebenen Fotowettbewerb. Distriktsbildstelle Warschau (Reimitz).



Im Auftrage des Gouverneurs des Distrikts Warschau
SA-Gruppenführer Dr. Ludwig Fischer
unter Benutzung amtlicher Unterlagen
bearbeitet von Dr. Friedrich Gollert,
Persönlicher Referent des Chefs des Amtes und Leiter des Amtes für Raumordnung.

Alle Illustrationen entstammen dem Original. Aufnahmen: Professor Heinrich Hoffmann, Reichsbildberichterstatter der NSDAP., Photo-Bil, Warschau. Amateur-Aufnahmen aus einem vom "Deutschen Kulturring Warschau e. V." ausgeschriebenen Fotowettbewerb. Distriktsbildstelle Warschau (Reimitz).

XIV. Schlußwort: Das Generalgouvernement - die Brücke zum neuen Osten

Quellenverzeichnis
Die leitenden Männer des Distrikts Warschau seit 1939

Warschau unter deutscher Herrschaft
Deutsche Aufbauarbeit im Distrikt Warschau

Vorwort

Anläßlich des zweijährigen Bestehens des Generalgouvernements habe ich den Auftrag erteilt, über die im Distrikt Warschau geleistete Arbeit einen Rechenschaftsbericht zu fertigen. Diese Arbeit ist in Buchforrn unter dem Titel

"Zwei Jahre Aufbauarbeit im Distrikt Warschau"

veröffentlicht worden.

Bereits nach wenigen Wochen waren die 3.000 Exemplare des Buches vergriffen. Zahlreiche Bestellungen aus dem Reich konnten nicht mehr erledigt werden.

Mit Rücksicht auf das starke Interesse, das überall dem Generalgouvernement entgegengebracht wird, habe ich mich daher entschlossen, eine zweite, stark erweiterte und völlig neubearbeitete Auflage des Buches herauszugeben.

Dieses neue Buch ist das Standardwerk über die deutsche Aufbauarbeit im Distrikt Warschau. Es ist ein historisches Dokument für die stille Arbeit der deutschen Männer und Frauen, die hier seit Bestehen des Generalgouvernements im Einsatz gestanden haben. Es soll ihnen die Gewißheit geben, daß ihre Arbeit, die oft unter den schwierigsten Verhältnissen geleistet werden mußte und die naturgemäß wenig äußere Anerkennung finden konnte, nicht vergessen ist.

Darüber hinaus soll es allen, die sich mit dem Osten vertraut machen wollen, eine kleine Einführung in einen Teil der mannigfachen Probleme geben, die der neugewonnene Boden uns stellt.

Mit diesen Fragen sich zu beschäftigen, gehört heute zu den staatspolitischen Pflichten jedes Deutschen. Das Generalgouvernement bietet hierfür

das beste Anschauungsmaterial: In ihm ist die Neugestaltung des Ostraumes bereits mitten im größten Kriege der Weltgeschichte mit vollem Erfolg in Angriff genommen.

Warschau, am 1. September 1942,
dem dritten Jahrestag des Kriegsbeginns.







Generalgouverneur

Reichsminister
Dr. Frank

Der Gouverneur des Distrikts Warschau
SA.-Gruppenführer Dr. Ludwig Fischer
Hauptdienstleiter der NSDAP.

Einleitung:

Warschaus Wandlungen seit 1939

Der Name Warschau ist kurz vor Beginn des Krieges und noch lange nach Beendigung des Polenfeldzuges in aller Munde gewesen.

Warschau - das war die Hauptstadt des früheren polnischen Staates, der durch das Diktat von Versailles zum Beherrscher des Weichselstromes geworden war. Über 20 Jahre haben die polnischen Machthaber alles getan, um diese Stadt zu einem "Paris des Ostens" zu machen, um so eine politische

Metropole für jenes polnische Großreich zu schaffen, das nach den Wunschträumen polnischer Nationalisten der alten Forderung "Polska od morza do morza" - Polen von Meer zu Meer - entsprechen sollte.

Warschau - das war für uns Deutsche gleichzeitig der Inbegriff für alle deutschfeindlichen Bestrebungen. Im Gebäude des polnischen Ministerrates haben mehr als einmal die Abgesandten des Deutschen Reiches die Vorschläge des Führers überbracht, die eine friedliche Zusammenarbeit der beiden benachbarten Staaten herbeiführen sollten, ohne dass Polens Regierung in ihrer Verblendung darauf einging; denn während nach aussen die Bereitschaft zur Verständigung erklärt wurde, fanden im Aussenministerium der polnischen Republik jene Verhandlungen statt, durch die, wie die Aktenfunde im Palais Brühl später eindeutig gezeigt haben, lange vor Kriegsausbruch die Fäden nach London, Paris und Washington gesponnen wurden, die die Einkreisung des Großdeutschen Reiches wie einst beim ersten Weltkrieg bezweckten und die auch diesmal zum Krieg geführt haben.

Warschau - dieser Name wurde dann im September 1939 zum Symbol für einen sinnlosen polnischen Widerstand, gleichzeitig aber auch zum Symbol für die unwiderstehliche Gewalt der deutschen Waffen, die jeden niederwirft, der so vermessen ist, sie herauszufordern. Es sind später im Verlauf des Krieges auch noch andere Städte Europas vom Kriege hart getroffen und gezeichnet worden, in denen teilweise, wie z. B. in Rotterdam oder Dünkirchen, die Zerstörungen noch grösser als in Warschau gewesen sind, und doch hat Warschau insofern immer einen Sonderplatz eingenommen, weil es die erste große Stadt Europas gewesen ist, die die Wucht der deut- [12] schen Waffen kennenlernte und die als erste aus der Reihe der europäischen Hauptstädte ausgelöscht wurde.



[13] Die Burg in Krakau,
Sitz des Generalgouvernements.

Es war daher nur folgerichtig, dass, als im Oktober 1939 das Generalgouvernement geschaffen wurde, nicht Warschau den Rang der Hauptstadt dieses neuen Landes erhielt, sondern dass die alte deutsche Stadt Krakau zum Sitz der Regierung des Generalgouvernements erhoben wurde. Seitdem ist nicht mehr das frühere Schloss der polnischen Könige in Warschau, in dem auch der Präsident der Republik Polen residiert hatte, sondern die Burg in Krakau zum politischen Energiezentrum des Generalgouvernements geworden. Warschau hat damit seinen Charakter als Hauptstadt eines europäischen Landes verloren.

Dieser politische Niedergang bedeutet aber nicht das Ende von Warschau. Im Gegenteil: Aus den Ruinen des Polenfeldzuges hat sich Warschau inzwischen zu einem neuen Leben unter deutscher Herrschaft erhoben. In drei Jahren deutscher Aufbauarbeit ist Warschau aus der Stadt der Trümmer, als die sie den einrückenden deutschen Truppen erschien, zu einer Stadt der Arbeit geworden, der Arbeit für Deutschland.

Diese Wandlung war nur möglich, weil in Warschau und im ganzen Distrikt in den Jahren 1939 bis 1942 eine gewaltige Aufbauarbeit geleistet worden ist.

Von dieser Arbeit, die von einer kleinen Schar deutscher Männer getan worden ist, soll dieses Buch sprechen.

Wer während des Krieges im Osten eingesetzt gewesen ist, weiss, dass alle bisher geleisteten Arbeiten nur Vorarbeiten gewesen sind und dass die eigentlichen politischen Probleme des Weichselraumes erst nach Beendigung des Krieges einer dauernden Lösung entgegen geführt werden können, wenn die letzte Entscheidung über die Gestaltung dieses neuen Raumes des Großdeutschen Reiches gefallen ist.

Dann wird auch das Schicksal Warschaus, der einzigen Millionenstadt dieses Raumes, endgültig entschieden werden.

Einmarsch und Führerparade in Warschau

Am 1. 10. 1939 traten die deutschen Truppen morgens in aller Frühe feldmarschmässig an, um in Warschau einzurücken.1 Dieser historische Tag, an dem das Schicksal Polens sich vollendete, ist unendlich eindrucksvoll gewesen.

Das erste große Erlebnis des Tages war die Begegnung mit den letzten Resten der aus der Stadt ausrückenden polnischen Armee, die bereits seit zwei

Tagen begonnen hatte, den Marsch in die Gefangenschaft anzutreten. In den deutschen Wochenschauen und in den illustrierten Zeitungen ist dieser Vorgang häufig dargestellt worden, der sich im Laufe des Krieges auch auf anderen Kriegsschauplätzen wiederholt hat, der aber damals in der Hauptstadt der früheren Republik Polen zum erstenmal sich ereignete.

Es war ein unvergeßliches Bild: Auf der einen Seite die feldmarschmäßig ausgerüsteten Regimenter der deutschen Wehrmacht und der SS- und Polizeiformationen, denen die Strapazen des vorausgegangenen Feldzuges nicht mehr anzumerken waren, und auf der anderen Seite die entwaffneten Reste des geschlagenen polnischen Heeres, die müde und matt der Gefangenschaft entgegensahen. Dieser ungeheure Kontrast spiegelte sich am besten wieder in den Gesichtern der aneinander vorbeimarschierenden Heeressäulen: Bei den deutschen Soldaten strahlende Freude über den errungenen Sieg, bei den Polen tiefe Niedergeschlagenheit über die erlittene Niederlage.

Es hätte nahegelegen, daß die deutschen Truppen mit Marschmusik und frohen Gesängen den Einmarsch vollzogen hätten. Aber das Gegenteil war der Fall. Solange die geschlagene polnische Armee an uns vorüberzog, ertönte keine Marschmusik, kein lautes Singen; schweigend vollzog sich der Vorbeimarsch und gerade deshalb so besonders eindrucksvoll. Erst als die letzten polnischen Truppen die Demarkationslinie überschritten hatten, erklangen zum [26] ersten Male die deutschen Armeemärsche, und da hallten Warschaus Straßen nicht nur wieder von den dröhnenden Schritten der deutschen Kolonnen, sondern auch von dem Gesang der deutschen Soldatenlieder, wie es Warschau seit dem ersten Weltkrieg nicht mehr erlebt hatte.



So sah Warschau beim Einmarsch der deutschen Truppen aus.

Das zweite große Erlebnis des Tages war das grauenvolle Bild der Ver-

wüstung, das die Stadt Warschau damals bot.

Wir hatten die Tage vor der Kapitulation in der Nähe Warschaus erlebt und die gewaltigen Feuersäulen und Brandwolken gesehen, die über der Stadt gestanden hatten, aber wir hatten nicht geglaubt, daß in diesen wenigen Tagen eine Millionenstadt derartig zerstört werden könnte.

Auf einer der großen Kunstausstellungen in München ist später ein Bild ausgestellt worden, das den Titel trug: "Einmarsch in Warschau". Es zeigte eine deutsche Kompanie, die an Ruinen und zerstörten Häuserzeilen entlang in die brennende Stadt einrückte. Was hier ein Künstler im Bild dargestellt hat, entsprach der rauhen Wirklichkeit: Der Einmarsch der deutschen Truppen vollzog sich tatsächlich an Ruinen entlang.

Ganze Stadtteile waren damals ein einziges Trümmerfeld. Überall glommen noch die Brände in den Häusern. Der Schutt der eingestürzten Häuser lag oft bis auf die Mitte der Fahrdämme, auf denen teilweise noch die Straßenbahnwagen standen, die von den Polen in ihrer sinnlosen Verteidigungswut zu Barrikaden ausgebaut waren. Überall lagen auch noch Pferdeleichen herum,



[27] Weggeworfene Waffen nach dem Abzug der polnischen Truppen aus Warschau.

aus denen - ein grauenhafter Anblick - Frauen und Kinder vom Hunger getrieben die letzten Fleischstücke herausschnitten. Der "Sachsenpark" - heute ein Schmuckstück der Stadt - bot ebenfalls einen chaotischen Anblick. Überall waren Laufgräben gezogen, die als Luftschutzgräben hatten dienen sollen. In den großen Grünflächen waren Trichter an Trichter, die von den Einschlägen der deutschen Bomben und Granaten herrührten, an den Wegen des Parks lagen zertrümmerte Panzer und Tausende von fortgeworfenen Waffen. Auch die "Neue Welt", auf der früher die oberen zehntausend von Warschau sich ein Stelldichein zu geben pflegten, bestand fast nur aus Ruinen und Trüm-

merfeldern, so daß erst mühsam ein Weg gebahnt werden mußte,



Provisorische Gräber
an der Drei-Kreuz-Kirche in Warschau.



[28]

Soldatengrab in den Strassen Warschaus,
wie es Anfang Oktober 1939 üblich war.

um durch den Schutt und die Trümmer [27-30=Fotos] [31] überhaupt hindurchzukommen. Wo aber wirklich ein Stück Erde zu sehen war, da reihte sich Holzkreuz an Holzkreuz, weil die während des Bombardements getöteten Menschen dort provisorisch beigesetzt worden waren.

Alles in allem: Warschau bot damals den Anblick einer vollkommen zerstör-

ten Stadt, die dem Tode geweiht erschien.

Zwischen diesen Ruinen aber - und das war das dritte große Erlebnis des Tages - standen entlang den Einmarschstraßen Tausende von Juden, die neugierig und teilweise sogar mit lächelnden Gesichtern dem Einmarsch zusahen.

Wir hatten schon vorher im Polenfeldzug in kleinen Städten die Beobachtung gemacht, wie stark gerade in Polen der jüdische Bevölkerungsteil gewesen ist, aber wir hatten niemals derartig viel Juden auf einmal gesehen wie damals in Warschau. Dabei gehörte der größte Teil zu den Juden jener Art, die die meisten von ins nur in Bildern und Karrikaturen kennengelernt hatten: Typische Ostjuden mit langen wallenden Bärten und mit Kaftan und Käppi. Damals ging uns zum erstenmal eine Ahnung auf, welch schweres Problem hier einer Lösung harrte; denn es war uns von vornherein klar, daß diese Tausende von Juden - Warschau hatte damals über ½ Millionen Juden in seinen Mauern und war die judenreichste Stadt Europas - von der übrigen Bevölkerung, insbesondere von uns Deutschen, getrennt werden mußten.

Als wir abends am Krasinskiplatz im Gebäude des früheren Obersten Gerichtshofes Quartier bezogen, schauten wir aus den zertrümmerten Fenstern dieses Gebäudes, dessen Giebelfries kein Geringerer als Andreas Schlüter geschaffen hat, auf die gegenüberliegenden Häuser, die restlos zerstört waren und aus deren Ruinen noch hin und wieder der Feuerschein aufleuchtete. An einer Ecke des Platzes hob sich deutlich von den brennenden Häusern die Silhouette eines Denkmals ab, das einen Mann darstellte, der mit erhobenem Arm gegen den Feind anstürmt, wobei seine Faust einen geschwungenen Säbel umklammert. Dieses Denkmal sollte die Erinnerung an den polnischen Schuhmacher Kilinski wachhalten, der im vergangenen Jahrhundert gegen die Russen als polnischer Freiheitskämpfer [32] aufgetreten war. Nachdenklich haben wir uns dieses Revolutionsdenkmal angesehen und es als eine Mahnung betrachtet, **dass mit dem errungenen militärischen Sieg der Kampf noch nicht beendet sei.**

Wer heute auf diesem Krasinskiplatz steht, sieht von den Spuren der Verwüstung nichts mehr. Die vernichteten Häuser sind bis zum letzten Stein beseitigt, so dass nunmehr ein viel größerer Platz als früher entstanden ist, auf dem das schöne Gebäude des Krasinskipalais besonders zur Geltung kommt. Das Kilinski-Denkmal ist ebenfalls verschwunden. Es wurde abgetragen als Vergeltungsmaßnahme dafür, dass sich polnische Bubenhände an dem Thorwaldsen-Denkmal vergriffen haben, das zu Ehren des großen deutschen Astronomen Nikolaus Kopernikus errichtet worden ist.



[29] Der Führer hält seinen Einzug in Warschau.

Wenige Tage nach diesem Einzug in Warschau erlebten die deutschen Soldaten den Höhepunkt des Polenfeldzuges mit der großen Führerparade in Warschau.

Umringt von seinen Generalen und den führenden Männern der Partei hielt Adolf Hitler am 6. Oktober 1939 seinen Einzug in Polens einstige Hauptstadt. Er fuhr vorbei am Poniatowski-Denkmal auf dem damaligen Pilsudskiplatz, wo das einstige Generalstabsgebäude stand, in dem der Marschall Polens, Rydz-Smigli, bis zu seiner unwürdigen Flucht residiert hatte. Dann nahm der Führer auf der al. Ujazdowski die Parade ab.



Führerparade in Warschau.

Etwa in der Mitte der Allee, an der Ecke der Piusastrasse, war eine kleine, tannengrüngeschmückte Tribüne errichtet. Hier formierten sich die deutschen Truppen zum Vorbeimarsch vor dem Führer. Hakenkreuzfahnen wehten im hellen Sonnenschein. Leuchtend spannten sich hinter der Tribüne die Reichs-kriegsflaggen.

Und dann zieht über zwei Stunden das feldgraue Heer an seinem Führer und Obersten Befehlshaber vorbei. Jubelnd klingen die deutschen Militärmärsche, fest ist der Schritt der Soldaten, deren junge Gesichter im Kampf hart gewor-den sind. Freude und Stolz leuchten aus ihren Augen.

Immer wieder grüsst der Führer die vorbeiziehenden Truppen, unter denen mancher zu sehen ist, der das Eiserne Kreuz als Zeichen der Tapferkeit trägt. Einige tragen auch erstmalig die Spange zum Eisernen Kreuz als Zeichen da-für, dass sie in diesem Weltkrieg ihre Pflicht als Soldaten ebenso tapfer erfüllt haben, wie in dem ersten grossen Weltkrieg von 1914-1918.

[33] Nach dem Vorbeimarsch besuchte der Führer noch das Schloss Belve-dere, in dem Pilsudski gelebt hatte. Dann begab er sich zum Flugplatz, um am anderen Tage im Reichstag den grossen Rechenschaftsbericht über den Polenfeldzug zu geben.

Wer Zeuge dieser Parade sein durfte, hat damals die unerschütterliche Über-zeugung gewonnen, dass eine Wehrmacht, die wenige Tage nach den härte-sten blutigen Kämpfen eine Parade vorführt, wie sie im tiefsten Frieden nicht exakter hätte ausgeführt werden können, unüberwindlich ist. Die Taten der deutschen Wehrmacht im weiteren Verlauf des Krieges haben dieses Gefühl voll gerechtfertigt.



[40] Adolf-Hitler-Platz mit dem Sächsischen Palais.

In Warschau aber ist die Erinnerung an den historischen Besuch des Führers und die gewaltige Wehrmachtparade festgehalten worden: Am Jahrestag der Parade wurde die al. Ujazdowski während einer Traditionsparade vor dem Generalfeldmarschall List durch den Generalgouverneur Dr. Frank in "Siegesstrasse" umgetauft. Der größte und schönste Platz der Stadt aber erhielt den Namen "Adolf-Hitler-Platz".

1Der Verfasser des Buches gehörte zu einer Einheit, die auf der Chaussee zwischen Okecie und Warschau angetreten war und von dort aus am Einmarsch teilnahm.

Geschichtlicher Rückblick auf Warschaus deutsche Vergangenheit



[38] Die Marienkirche.

Wer als Deutscher zum erstenmal nach Krakau kommt, hat bei einem Rundgang durch die Straßen der Hauptstadt des Generalgouvernements sofort den Eindruck, in einer rein deutschen Stadt zu weilen; denn nicht nur die großen städtebaulichen Sehenswürdigkeiten Krakaus, wie z. B. die Marienkirche, atmen deutschen Geist, sondern auch die ganze Anlage der Stadt verrät auf Schritt und Tritt die deutsche Vergangenheit und die durch Deutsche geschaffene städtebauliche Ausgestaltung.

Wer dagegen zum erstenmal Warschau besichtigt, wird diesen Eindruck sicherlich nicht haben. Warschau erscheint ihm weder als eine deutsche noch als eine typisch polnische Stadt, sondern vielmehr als eine internationale Großstadt, in der ein ausgesprochen volkstumsmässig bedingter städtebaulicher Stil nicht vorherrscht. Und doch wird der aufmerksame Besucher der Stadt bei einem Rundgang durch die Strassen und Gassen immer wieder Bauten begegnen, die ihm dem Stil nach bekannt vorkommen. Diese Empfindung ist nicht unbegründet; denn ein sehr grosser Teil der eindrucksvollsten Gebäude der Stadt geht auf deutschen Einfluss zurück, wie überhaupt Warschau eine auffallend starke deutsche Vergangenheit hat, auch wenn vieles

davon später übertüncht worden ist.

Dieser Einfluss ist von der Stadtgründung an nachweisbar.

Die Gründung der Stadt, die ins 13. Jahrhundert fällt, ist nach Kulmer Recht erfolgt, einer Abart des Magdeburger Rechts, das bekanntlich im ganzen Osten jahrhundertelang für fast alle Städte massgebend gewesen ist.

Warschau war damals noch ziemlich unbedeutend; denn die Hauptstadt der Landschaft war zunächst Plock, das weiter nördlich lag, und dann später Czersk, das etwa 30 km südlich von Warschau gelegen ist. Im Lauf der Zeit verlagerte sich der Sitz des Herzogtums Masowien nach der Mitte zu, d. h. nach Warschau.

Der deutsche Einfluss an dieser Entwicklung ist unverkennbar, da die starke Einwanderung der Kolonisatoren aus dem Norden [35-40=Fotos] [41] kam. Die masowische Landschaft ist damals das politische Interessengebiet des Kreuzritterordens gewesen.1

Der Deutsche Ritterorden wurde dann auch von Herzog Konrad I. von Masowien gegen die heidnischen Preussen ins Kulmer Land gerufen, als die staatliche Schwäche Polens, das im 13. Jahrhundert in Teilfürstentümer zerfallen war, ihn hierzu zwang.

Unter den Deutschrittern, die damals in Konrads Diensten standen, befand sich auch der Ritter Gothard, der östlich von Warschau in Podlachien den Einfall der Jadwinger abwehrte. Als Belohnung für diese Tat, durch die Masowien seine erforderliche Sicherung erhielt, wurde er von Konrad mit dem Dorf Sluzewo belehnt, dessen Lage in der Urkunde mit den Worten "in districtu Varsaviense" näher angegeben ist. In dieser Urkunde des Jahres 1241 ist übrigens Warschau zum erstenmal erwähnt. Es ist bezeichnend, dass dies im Zusammenhang mit einer Tat geschehen ist, durch die ein deutscher Ritter Grosses für das Weichselland geleistet hat.

Noch sichtbarer ist der Einfluss des Deutschtums im 14., 15. und 16. Jahrhundert. Es ist die grosse Zeit des Bürgertums, in der auch Warschau seine weitere Entwicklung erlebt, die es am Ende dieser Epoche zur polnischen Hauptstadt werden liess.

Bereits im 14. Jahrhundert hat Warschau eine Verfassung, die einen Bürgermeister und Vogt, Ratsherren und Schöffen aufweist, also jene deutschrechtlichen Institutionen, die auch bei anderen deutschen Oststädten, wie Posen, Thorn, Gnesen und Krakau, die wichtigsten Träger der Gemeindeverwaltung gewesen sind. Nicht weniger als 78% der Bürgernamen aus den noch erhaltenen alten Schöffenbüchern jener Zeit sind rein deutschen Klanges, ein Be-

weis dafür, wie stark auch bevölkerungsmässig der deutsche Einfluss in Warschau damals gewesen ist.

Im Anfang des 15. Jahrhunderts ist die deutsche Einwanderung besonders stark: Bis 1420 sind nicht weniger als 84% aller Bürgernamen deutschen Klanges. Dann aber geht die Zuwanderung aus dem Reich stark zurück. Die Schöffenbücher Alt-Warschaus in der Zeit von 1427-1452 enthalten nur noch 28% deutsche Namen.



[35] Alter Markt in Warschau.

Bei ihnen aber handelt es sich um eine Ausleseeinwanderung von Deutschen, die weit über dem geistigen und kulturellen Niveau der polnischen Einwohner standen und die deshalb auch trotz ihrer zahlenmässigen Unterlegenheit in kürzester Zeit die Geschicke der Stadt in die Hand nahmen.

[42] Wie stark dieser deutsche Einfluss in jener wichtigsten Epoche der Geschichte Warschaus gewesen ist, zeigt noch heute eine der Sehenswürdigkeiten der Stadt: Der Altmarkt.

Wer zum erstenmal nach einer Wanderung durch die engen und winkeligen Gassen der Warschauer Altstadt dorthin gelangt, glaubt unwillkürlich, das Bild einer mittelalterlichen deutschen Stadt vor sich zu sehen. Ein großer rechteckiger Platz tut sich vor ihm auf, zu dessen vier Seiten sich hohe Häuser erheben, die nur wenige Fenster breit mit bunt bemalten Fassaden verziert sind, während die Türen kunstvolle Ornamente aufweisen.



[35] Häuser am Alten Markt in Warschau.



[36] Alter Markt in Warschau.

Dieser Altmarkt ist das Werk deutscher Hände gewesen. Die bedeutenden Bürgerfamilien, die damals aus dem Reich eingewandert sind, haben die Architektur ihrer Heimat in ihre neue Wirkungsstätte mitgenommen und sie nach hier übertragen. Diese Häuser waren ursprünglich rein gotische Bauten. Sie sind aber später im 16. und 17. Jahrhundert umgebaut worden, wobei die ursprüngliche Gotik teilweise vom Gewand des Barock oder der Neugotik verdeckt wurde.2

Die bekannteste der alt eingesessenen Bürgerfamilien ist die Familie Fugger aus dem alten Augsburger Kaufmannsgeschlecht, das damals auch in Krakau und Warschau Faktoreien unterhielt. Georg Fugger war als erster nach Polen umgesiedelt und wurde so zum Begründer des polnischen Zweiges der Familie Fugger, die über 400 Jahre in Warschau tätig war und deren letzter Spross auch jetzt noch in Warschau lebt. Einige Angehörige der Familie Fugger waren damals sogar



[36] Das Fuggerhaus am Alten Markt.

Berater der polnischen Könige und gelangten auf diese Weise in die höch-

sten polnischen Ämter. Das berühmte Fuggerhaus am Altmarkt (Fukierhaus) ist zwar nicht von der Familie erbaut worden, sondern von Georg Korb, einem Breslauer Großkaufmann, der es ebenfalls in Warschau zu Ruhm und Ansehen gebracht hat. Die Familie Fugger hat aber später dieses Haus erworben, so dass es seitdem als Fuggerhaus bekannt ist.

Durch diese deutschen Patrizier nahm Warschau schnell seinen Aufschwung aus dem mittelalterlichen Kleinstadtdasein zur grossen. Handelsstadt, die schliesslich 1569 sogar zum Tagungsort der polnischen Reichstage und damit zur eigentlichen Hauptstadt aufstieg, auch wenn die endgültige Erhöhung zur Residenz erst 1596 erfolgte als die Königliche Burg in Krakau abbrannte.



[39] Das "Deutsche Haus" in Warschau
(früher Palais Radziwill).

Auch im 17. Jahrhundert hielt dieser deutsche Einfluss in der Architektur noch an.

[43] Die Stadt Warschau hat sich in diesem Jahrhundert sowohl nach Süden hin (heute längs der Krakauer Vorstadt) als auch nach Westen hin (zum heutigen Krasinskiplatz) weiter entwickelt.

Längs der heutigen Krakauer Vorstadt entstanden die grossen Schlösser des polnischen Adels, wie z. B. das Potocki- und das Radziwill-Palais, die in ihrer Anlage auf die Form eines Herrenlandsitzes zurückgehen.
Ebenso wurde in jener Zeit das prachtvolle Krasinskipalais geschaffen, das für uns Deutsche insofern von besonderer Bedeutung ist als Andreas Schlüter daran mitgewirkt hat. Auf ihn geht das kunsthistorisch wertvolle Giebelrelief zurück. Schlüter ist sehr wahrscheinlich auch an dem Bau des Schlosses Wilanow beteiligt gewesen; denn noch heute sind Rechnungen vorhanden, die von ihm über Bauarbeiten an diesem Schlosse ausgestellt sind.



[37] Motiv aus der Altstadt.

Am Ende des 17. Jahrhunderts ist auch von einem Deutschen namens Christian Eltester das reizvolle Badeschlößchen im Belvederepark entstanden, das später allerdings stark umgewandelt worden ist.

Der Höhepunkt des kulturellen Schaffens in Warschau aber ist die Zeit der sächsischen Kurfürsten August II. und III., die vom Ausgang des 17. Jahrhunderts (1697) und im 18. Jahrhundert gleichzeitig Könige von Polen gewesen sind.

Vom Standpunkt der gesamtdeutschen Geschichte betrachtet ist dieses Zwischenspiel der Wettiner auf dem polnischen Königsthron keine politische Großtat gewesen, aber kulturhistorisch hat sich der Einfluss dieser Fürsten für die städtebauliche Ausgestaltung Warschaus und für die Schaffung grosser Prachtbauten ausserordentlich segensreich ausgewirkt.

In der Zeit der beiden Sachsenkönige wurde zunächst einmal städtebaulich eine neue Aufteilung der Stadt vorgenommen, da durch das wahllose Durcheinander der Häuserbauten im voraufgegangenen Jahrhundert ein städtebauliches Chaos zu entstehen drohte. In der großzügigsten Weise wurde damals im Anschluss an die Krakauer Vorstadt die "Neue Welt" geschaffen und als Fortsetzung davon ein breiter Passionsweg angelegt, die heutige Siegesstraße, Warschaus schönste Strasse.



[46] Eingang zum Palais Brühl.

Diese großzügige Strassenplanung, die nach dem Maßstab der damaligen Zeit gemessen von einem beachtenswerten Weitblick zeugte, hat viel dazu beigetragen, dass Warschau in der Folgezeit sich städtebaulich vernünftig entwickelte.

[44] Dazu kommen dann vor allem aber die grossen Bauten und Umbauten, die in jener Zeit entstanden sind und die den künstlerischen Einfluss Dresdens heute noch zeigen. Pöppelmann, Knoebel, v. Deybel, Knöffel, Kammsetzer, Schuch, Zug, Aigner, Plersch sind die bedeutendsten Architekten jener Epoche, deren rein deutsche Namen bereits zur Genüge zeigen, dass die Architektur jener Zeit ausgesprochen deutsch gewesen ist.

Ohne Übertreibung kann gesagt werden, dass fast das ganze Barock und Rokoko in Warschau sächsischen Ursprungs gewesen ist.

August II. kaufte das "Sächsische Palais" und liess es grundlegend umbauen. Die Umbaupläne des grossen Architekten M. D. Pöppelmann sind allerdings nicht zur Ausführung gekommen. Aus dem Vorhof dieses Sächsischen Palais ist später der Pilsudskiplatz, der heutige Adolf-Hitler-Platz, entstanden.



[46] Blick vom Palais Brühl
auf den Adolf-Hitler-Platz.

Der allmächtige Minister August III., Graf Heinrich Brühl, kaufte 1750 das neben dem Sächsischen Palais gelegene Palais und liess es ebenfalls im Stil des sächsischen Barock umbauen. Dies Gebäude, das in Erinnerung an seinen einstigen Umgestalter noch heute den Namen "Palais Brühl" trägt, ist auch jetzt noch eines der wichtigsten kulturhistorischen Denkmäler jener Zeit. Als Baumeister gelten die deutschen Architekten Knöffel und Knoebel.



[14] Das Palais Brühl, früher polnisches Aussenministerium, jetzt Sitz des Gouverneurs und des Amtes des Distrikts Warschau.

Hinter dem Sächsischen Palais und neben dem Palais Brühl aber entstand der "Sächsische Garten", der das Werk sächsischer Gartenbaukünstler ist. In diesem Schmuckstück Warschaus wurde noch das "Blaue Palais" geschaffen, das zu den schönsten Bauten der Wettiner Zeit gehört. Es ist sehr zu bedauern, dass gerade dieses Palais, das allerdings in der klassizistischen Zeit einen wesentlichen Umbau erfahren hat, mit seinen grossen kulturhistorischen Schätzen dem Bombardement Ende September 1939 zum Opfer gefallen ist, das die Wahnsinnstat



Brunnen im Sächsischen Garten.
[45]



Partie im Sächsischen Garten.

der damaligen Warschauer Machthaber heraufbeschworen hatte.

Auch auf die Kirchenbauten erstreckte sich der Einfluss der sächsischen Architekten und ebenfalls auf die Gestaltung der polnischen Adelspaläste, die damals in der Zeit August II. und August III. ihre prachtvolle Gestalt erhalten haben, so insbesondere das Palais Potocki und das Palais Radziwill. Auch das Schloss wurde umgestaltet, wobei wiederum ein Pöppelmann, der Sohn des Erbauers des Dresdner Zwingers, entscheidend mitgewirkt hat.

Ebenso war der Einfluss deutschen Geisteslebens damals ausserordentlich stark. Deutsche Zeitschriften, eine deutsche Bibliothek, [45-50=Fotos] [51] ein deutscher wissenschaftlicher Verein und eine deutsche literarische Gesellschaft entstanden in Warschau und drückten dem Geistesleben der damaligen Zeit einen deutschen Charakter auf. Im damaligen Theaterleben wurden Lessings grosse Meisterwerke "Emilia Galotti" und "Minna von Barnhelm" in Warschau aufgeführt.



[50] Karmeliter-Kirche.

Wie stark der Einfluss der Wettiner Zeit in kultureller Hinsicht gewesen ist, zeigte sich sogar noch, als das Zwischenspiel der sächsischen Könige beendet war und die Zeit des letzten Polenkönigs Stanislaus August Poniatowski begann. Politisch ist ein grosser Wandel eingetreten, aber der deutsche kulturelle Einfluss ist geblieben.

Damals ist das Lazienkischloss umgebaut worden, wobei ein Italiener namens Merlini und der in Dresden geborene Hofbaumeister Kamsetzer die entscheidenden Arbeiten geleistet haben, während der ebenfalls deutschstämmige Ignaz Plersch an der Innenausstattung massgebend beteiligt war.

Auch der dieses Sommerpalais umgebende Park wurde von einem Deut-

schen angelegt, dem Gartenarchitekten Johann Christian Schuch, der sich auch durch Schaffung von Landschaftsgärten in Warschau einen Namen gemacht hat.



[48] Dreikreuzkirche in Warschau
(erbaut von Peter Aigner).

Dieses Palais und die Anlage des Parkes sind architektonisch gesehen der Ausklang des Stils der sächsischen Zeit und gleichzeitig die Überleitung zum Klassizismus, der nunmehr in Warschau die Architektur beherrscht.

Auch hier haben zwei deutsche Architekten, S. Gottlieb Zug aus Merseburg, der Erbauer der evangelischen Kirche, und Efraim von Schröger aus Thorn, der u. a. den Umbau der Karmeliterkirche durchführte, bedeutenden Einfluss gehabt. In jener Zeit lebte in Warschau auch Peter Aigner, der Erbauer der



[49] Krasinski-Palais
mit dem Giebelrelief von Andreas Schlüter.

Alexanderkirche auf dem Dreikreuzplatz, der auch sonst noch an der Umgestaltung bedeutender Bauten starken Anteil gehabt hat, insbesondere an der Gestaltung des Palais Radziwill, des heutigen "Deutschen Hauses". Auch

das Krasinskipalais wurde durch ihn erneuert und insbesondere in seiner Innenarchitektur ausgestattet.

Diese Namen zeigen, wie sehr noch in der Polenzeit der Einfluss der sächsischen Epoche angehalten hat.

Nur kurze Zeit hat nach dem Abtreten der sächsischen Könige politisch das Polentum geherrscht, dann kommt bereits 1795 nach der dritten Teilung Polens die preussische Zeit (1795-1806), in der Warschau Südpreussens Hauptstadt gewesen ist.

Die Hauptleistung dieser Zeit in städtebaulicher Hinsicht ist die "Normalisierung der städtebaulichen Verhältnisse". Adelspa- [52] läste standen bisher neben den ärmsten Holzhütten. Mit diesem Stilwirrwarr und Durcheinander wurde damals aufgeräumt. In einer ganzen Anzahl von Verordnungen und Edikten wurde eine echt preussische Planung durchgeführt, die wie eine Vorwegnahme der heutigen Baupolizeivorschriften anmutet. Auch die Weichselregulierung wurde damals zum erstenmal in Angriff genommen.

Von den vielen bedeutenden Menschen, die in jener Zeit in Warschau lebten, seien nur E. T. A. Hoffmann, Fichte und Seume genannt.

Als nach dem Wiener Frieden 1815 Warschau zu Russland kam, hörte der deutsche Einfluss auf die kulturhistorische Entwicklung der Stadt langsam auf,



[47] Schloss Lazienki im Belvedere-Park.

was sich für die Stadt sehr ungünstig auswirkte. Warschau erlebte in dieser Zeit zwar den Aufstieg zur Großstadt, aber städtebaulich ist in diesem 19. Jahrhundert im Verhältnis zur früheren Zeit wenig geschaffen worden, das irgendwie von bleibendem Wert ist. Nur das Schloss Belvedere, das 1823 gebaut wurde, kann hier erwähnt werden. Es ist in jenem klassizistischen Stil gehalten, wie er von den deutschen Architekten Zug und Aigner in Warschau

vermittelt worden war.

Auch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ergibt sich für die architektonische Gestaltung von Warschau nichts Besonderes.

Ebenso hat die polnische Republik von 1919-1939 keine kulturhistorischen Leistungen auf dem Gebiet der Architektur aufzuweisen. Gewiss entwickelt sich die Stadt teilweise in einem amerikanischen Tempo, aber die neuangelegten Strassen bestehen im allgemeinen nur aus häßlichen Zweckbauten, die keine besondere kulturelle Eigenart oder Schönheit aufweisen.

Nunmehr hat das Deutschtum erneut von der Stadt Besitz ergriffen, und diesmal wird es keine vorübergehende Episode wie in der Zeit der sächsischen Könige sein, sondern diesmal wird eine dauernde deutsche Epoche eingeleitet.

Wir Deutsche werden uns dabei der Verpflichtung bewusst sein, die die grossen Leistungen deutscher Vergangenheit in diesem Raum uns auferlegen, und zwar gerade auch auf städtebaulichem und architektonischem Gebiet. Gewiss ist jetzt während des Krieges nicht die Zeit, gewaltige Monumente zu errichten. Die Nachkriegszeit aber wird diese Aufgabe im grossen Stil durchführen, sobald über die Stellung Warschaus im deutschen Machtbereich die endgültige Entscheidung des Führers gefallen ist.

Dann werden deutsche Baumeister auf den Spuren ihrer grossen Vorläufer der Stadt Warschau wieder ein deutsches Gepräge geben.

Das Raumbild des Distrikts Warschau

Größe, Bevölkerungsdichte, Lage, wirtschaftliche Struktur, Landschaftsbild

Als das Generalgouvernement geschaffen wurde, erfolgte eine gebietsmässige Aufteilung in vier Distrikte, die nach den grössten Städten des Generalgouvernements, Krakau, Lublin, Radom und Warschau benannt wurden. Im Jahre 1941 kam dann zu Beginn des Russlandfeldzuges noch der Distrikt Galizien mit der Distriktshauptstadt Lemberg hinzu. Insgesamt dehnt sich der Raum des Generalgouvernements über etwa 144 000 qkm aus und ist damit grösser als Bayern, Württemberg, Baden, Thüringen und Sachsen zusammen genommen. Die Gesamtbevölkerung beträgt etwa 18 Millionen Einwohner.

Der Distrikt Warschau nimmt in mehrfacher Hinsicht gegenüber den anderen Distrikten eine Sonderstellung ein.

In räumlicher Hinsicht ist er der kleinste Distrikt. Die Größenverhältnisse der einzelnen Distrikte stehen zwar noch nicht genau fest, da eine Vermessung noch nicht erfolgt ist. Im allgemeinen können aber hinsichtlich des Gebietsumfanges folgende Größenverhältnisse zugrunde gelegt werden:

Distrikt Krakau	etwa	29 700	qkm
Distrikt Lublin	"	26 600	"
Distrikt Radom	"	24 500	"
Distrikt Warschau	"	17 000	"
Distrikt Galizien	"	50 000	"

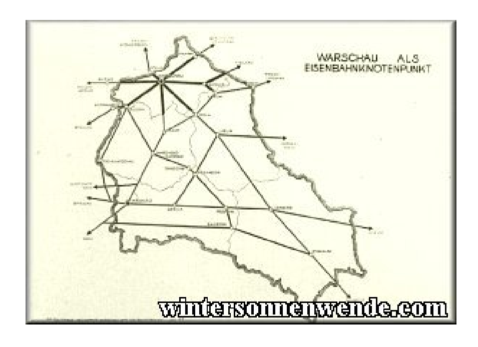
Der Distrikt Warschau weist aber die dichteste Besiedlung auf. Es liegen auch hier noch keine endgültigen Zahlen vor, da eine Volkszählung im Generalgouvernement noch nicht stattgefunden hat, aber nach den vorliegenden Schätzungen, die sich weitgehend auf sta- [56] tistisches Material stützen, können folgende Bevölkerungszahlen angenommen werden:

Distrikt Krakau	etwa	3,6	Millionen	Einwohner
Distrikt Lublin	"	2,4	"	"
Distrikt Radom	"	3,0	"	"
Distrikt Warschau	"	3,4	"	"
Distrikt Galizien	"	5,5	"	"

Wenn man diese Bevölkerungszahlen auf den qkm umrechnet, ergibt sich, dass der Distrikt Warschau hinsichtlich der Bevölkerungsdichte bei weitem an der Spitze steht: Mit 185 Einwohnern je qkm übersteigt er erheblich die durchschnittliche Bevölkerungsdichte des Generalgouvernements (128 je qkm), ganz abgesehen von dem Distrikt Lublin, der nur eine Bevölkerungsdichte von 80 Einwohnern je qkm aufweist. Diese ungewöhnlich hohe Bevölkerungsdichte des Distrikts Warschau ist darauf zurückzuführen, dass in seinem Gebiet die Millionenstadt Warschau liegt.

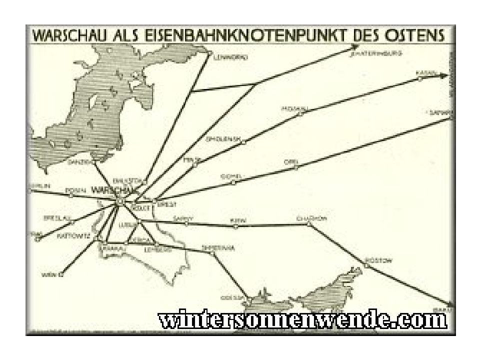
Der Lage nach ist der Distrikt Warschau der nördlichste Distrikt des Generalgouvernements; er erstreckt sich in langgezogener Form von Westen nach Osten. Im Westen grenzt er an den Warthegau, im Norden an die um den Regierungsbezirk Zichenau erweiterte Provinz Ostpreussen, im Osten an den Bezirk Bialystok, wobei in der Hauptsache der Bug die Grenze bildet, und im Süden an die Distrikte Lublin und Radom des Generalgouvernements. Die Weichsel, an der die Distriktshauptstadt Warschau liegt, teilt in einem leichten Bogen von Süden nach Nordwesten verlaufend den Distrikt in eine westliche und östliche Hälfte.

Das verkehrsmässige und wirtschaftliche Zentrum des Distrikts bildet das Warschauer Becken mit der Stadt Warschau. Hier treffen sich alle wichtigen, den Distrikt durchlaufenden Verkehrsadern. Die Hauptverkehrslinien ziehen, der Form des Distrikts entsprechend, von Westen nach Osten. So ist Warschau durch die Eisenbahnen und Strassen über Posen, Kutno, Lowitsch, Sochaczew mit Berlin, über Litzmannstadt mit Breslau und über Tschenstochau, Petrikau



Warschau als Eisenbahnknotenpunkt im Generalgouvernement.

mit dem oberschlesischen Kohlenrevier verbunden. Die Eisenbahnen



[60] *Warschau als Ausfalltor zum Osten.*
[Vergrößern]

und Strassenverbindungen setzen sich nach Osten fort: Über Ostrow bzw. Malkinia nach Bialystok und Minsk nach Moskau, über Siedlce nach Brest-Litowsk und Pinsk sowie über Garwolin-Lublin nach Wolhynien und Galizien. Eine Nord-Süd- [57-60=Karten] [61] Linie stellt neben dem Wasserwege der Weichsel die Verbindung mit Danzig nach Norden und Krakau im Süden her. Angesichts dieser günstigen Verkehrslage, die durch Autobahnen und durch die Kanalisierung des Bug und dessen Anschluss an das russische Kanalsystem ergänzt werden kann, ist Warschau für die Erschliessung des weiteren Ostens ein wichtiger Verkehrsknotenpunkt und ein bedeutungsvolles Wirtschaftszentrum.[1]

Der Lage entsprechend sind im Warschauer Becken nennenswerte Industrien vorhanden, die sich auch in die verkehrsgünstigen Gebiete des westlichen Distriktsteiles erstrecken. So sind z. B. westlich der Stadt Warschau das Elektrizitätswerk und das Eisenbahnausbesserungswerk in Pruszkow, die grösste Papierfabrik des Generalgouvernements in Jeziorna, mehrere grosse metallverarbeitende Betriebe, die Zyrardower Manufakturen AG. in Zyrardow, eine Zellwollefabrik in Chodakow bei Sochaczew und das Messingwalzwerk in Glowno zu nennen. Im übrigen trägt der Distrikt Warschau landwirtschaftlichen Charakter. Das Gelände ist zumeist flach und eben und nur an einigen Stellen etwas wellig. Die Ertragfähigkeit des Bodens, der sandig, lehmig, teilweise auch etwas moorig ist, ist je nach Lage mässig, mittel bis gut. Angebaut werden überwiegend Roggen, Kartoffeln und Hafer; Zuckerrüben gedeihen namentlich im Westen; für Weizen ist der Boden dagegen weniger geeignet. Die Teichwirtschaft ist überall gut entwickelt und wird vor allem auf grösseren Gütern gepflegt. Der Garten- und Gemüsebau hat in der Umgebung der Stadt Warschau eine nennenswerte Aufwärtsentwicklung erfahren, allerdings hat er durch die strengen Winter in den letzten Jahren er-

heblich gelitten. Auf verschiedenen grösseren Gütern befinden sich beachtliche Pferdezuchten, in denen ein veredeltes polnisches Halbblutpferd gezogen wird.
Der Distrikt Warschau ist im allgemeinen waldarm, nur im Osten des Distrikts nimmt die Forstwirtschaft einen weiten Raum ein.[2] In einigen grösseren Gebieten ist ein Drittel des gesamten Landes mit Wald bestanden. In früheren Jahren muss hier auch die Jagd bedeutungsvoll gewesen sein, die vom russischen oder polnischen Hochadel ausgeübt worden ist. Der russische Zar Ni- [62] kolaus II. hatte in Skierniewice ein Jagdschloss, in dem 1884 die Drei-Kaiser-Zusammenkunft zwischen den Kaisern Deutschlands, Österreichs und Russlands stattgefunden hat.
Landwirtschaft und Forstwirtschaft waren die Voraussetzungen dafür, dass über den ganzen Distrikt verteilt verschiedene gewerbliche oder industrielle Verarbeitungsbetriebe entstanden sind, u. a. mehrere Zuckerfabriken, Lederfabriken, Sägewerke, Holzverarbeitungsstätten, eine Zündholzfabrik in Blonie und ein Holzschwellenimprägnierungswerk in Ostrow.
Während die deutsche Landschaft durch eine harmonische Verbindung von Stadt und Land gekennzeichnet ist, ist im Gebiet des ehemaligen polnischen Staates eine
derartige Wechselwirkung nur unvollkommen vorhanden. Es gibt



[63] *Typischer polnischer Hof.*

zwar eine Anzahl mittlerer Landstädte in einer Grösse von 10-25.000 Einwohnern, sie liegen jedoch weiter auseinander als im Reichsgebiet. Die Mittelstädte sind daher im Generalgouvernement mehr zentrale Versorgungs- und Handelsorte, als es die Mittelstädte im Reich sind. Für diese Aufgabe sind sie aber nur in ganz ungenügender Weise ausgestattet. Schon die Anlage und bauliche Entwicklung der Städte ist meist so, dass sie nur mit der von Kleinstädten des Reiches von etwa 5 000 Einwohnern verglichen werden können.

Während in den Mittelstädten im Westen des Distrikts der Steinbau vorherrscht, überwiegt im Osten die einfache Holzbauweise. Die städtischen Geschäfte und Werkstätten sind durchweg primitiv. Helle, geräumige und saubere Läden, wie wir sie im Reich in Städten ähnlicher Grössenordnung antreffen, sind in den Mittelstädten des Distrikts nicht vorhanden.

Die Bebauung dieser Städte ist planlos und unharmonisch erfolgt. Neben niedrigen primitiven Holzhäusern kann man dreigeschossige Backsteinrohbauten sehen, die betont "modern" sind; neben pompös wirkenden Schulen liegen kleine schmutzige Katen; neben Einzelhäusern mit Garten finden sich Gebäudekomplexe mit umfangreichen Hinter- und Seitenhäusern, in denen auf engstem Raum zahllose Familien wohnen. In den Holzbuden dieser Hinterhöfe, die nach deutscher Auffassung allenfalls als Stallungen angesehen würden, wohnen Menschen, denen auch Kellerräume und schlecht ausgebaute Dachgeschosse als Unterkunft dienen.
Die städtischen Strassen sind, abgesehen von wenigen Durchgangsstrassen, mit ihrem holprigen Kopfsteinpflaster durchweg in einem ungepflegten Zustand. Wasserleitung gibt es nur in wenigen [63-66=Fotos] [67] Städten, Kanalisation ist fast nirgends vorhanden. Unrat und Abwässer wurden, bevor hier durch die deutsche Verwaltung Ordnung geschaffen wurde, gedankenlos auf die Strasse geleitet.



[64] *"Moderner" polnischer Schulbau.*

Einige der Landstädte können bereits auf ein beachtliches Alter zurückblicken. So erlangten die Städte Sochaczew und Lowitsch schon im gleichen Jahrhundert Stadtrecht wie Warschau. Sochaczew war die Residenz der Herzöge von Masovien; als Rest aus der damaligen Zeit ist am hohen Ufer der Bzura noch heute die Ruine der Herzogburg zu sehen. Lowitsch war in früherer Zeit Sitz der Erzbischöfe von Gnesen. Einige grössere Gebäude und die Ruine des durch die Russen zerstörten Bischofsschlosses weisen auf die einstige Bedeutung hin. Auch der Stadt Siedlce, die noch heute Bischofssitz ist, sieht man die durch die kirchliche Zentrale hervorgerufene Bedeutung an verschiedenen Baulichkeiten an. Von Kulturstätten, die durch jahrhundertelange Tradition geformt sind, wie dies bei zahlreichen alten deutschen Mittelstädten der Fall ist, kann aber bei den polnischen Landstädten im Distrikt Warschau nicht im entferntesten gesprochen werden, wie überhaupt gerade diese Mittelstädte den riesigen Unterschied des kulturellen Niveaus gegenüber dem Reich besonders deutlich zeigen.



[101] *Chopin-Haus in Sochaczew.*

Den Mittelpunkt einer polnischen Mittelstadt stellt zumeist der mit Kopfsteinpflaster belegte Markt dar. Auf ihm entwickelt sich an den einmal oder zweimal in der Woche stattfindenden Markttagen ein reges Handelsleben. Dort, wo die Juden aus dem Stadtbild verschwunden sind und die Bauern zu dem Markt in bunter Landestracht erscheinen, bietet sich dem Besucher ein farbenfreudiges, lebensvolles Bild.
Die kleineren Städte in einer Grössenordnung von etwa 5 000 Einwohnern machen zumeist einen trostlosen Eindruck und stehen unter dem Niveau eines einfachen deutschen Marktfleckens.

Das flache Land ist abseits der grossen Verkehrsstrassen nur über unausgebaute, im Frühjahr und Herbst oft tief verschlammte Wege zu erreichen. Vorherrschend ist das System der Längssiedlung die Dörfer sind nahezu alle an einer einzigen langen Strasse gelegen, so dass ein Dorf oft eine Länge von 4 bis 5 km hat. Stallungen und Scheunen, die um einen rechteckigen Hof angeordnet eingeschossig und überwiegend aus Holz erbaut sind, tragen meist Papp-, Rohr- oder Strohdächer. In der Dorfstrasse und zur Umzäunung der Höfe sind Bäume gepflanzt, viel- [68] fach Pappeln,

die das Dorf gegen Wind schützen und es, auf grössere Entfernung gesehen, fast ganz verdecken. Die polnischen Dörfer machen immer wieder den Eindruck, als hätten sie sich in der unendlich grossen flachen Ebene ängstlich an den Boden geschmiegt, um sich vor den Unbilden und der Weite des Raumes schutzsuchend zu verkriechen.



[63] *Blick auf ein polnisches Dorf.*

Der polnische Bauer hat als Mensch ostischer Rasse keinen in die Weite hinausgreifenden Tatendrang, sondern den Wunsch, in auskömmlicher



[65] *Primitive Wohnräume der polnischen Landbevölkerung.*

Weise ein bescheidenes Dasein zu verbringen. Er ist nicht der Urheber raumüberspannender Gedankengänge, sondern begnügt sich mit einem Raum und Zeit wenig beachtenden Dahindämmern. Dementsprechend hat er auch seine Siedlungen und seine Landschaft gestaltet. Es haftet allem etwas Zufälliges an, man vermisst jede planvolle Ordnung, jedes grosszügige Gestalten, wie es bei uns im Reich überall spürbar ist, jede verantwortungsvoll Sorge für die Zukunft, überhaupt jede über die Enge des Dorf hinausgehende Aktivität. Wenn das polnische Zwischenreich auf einigen Gebieten zu beachtenswerten Ansätzen für eine europäische Kulturzustände anstrebende Entwicklung gekommen ist, so war dies nur möglich, weil die polnische Intelligenz mittel- und westeuropäische Vorbilder nachgeahmt hat. Eigene schöpferische Leistungen sind hier fast nirgends vorhanden. Für das wache Auge klafft daher in der polnischen Landschaft der Gegensatz zwischen dem alten einfachen polnischen Beharrungszustand und einer künstlich in das Land gebrachten modernen Entwicklung. So steht z. B. mitten in einem primitiven polnischen Dorf ein modernes Schulgebäude in Flachbauweise oder eine der grundlosen polnischen Dorfstrassen wird plötzlich durch eine moderne Asphaltchaussee überschnitten. Das Ganze wirkt gekünstelt. Es fehlt jede grosszügige Planung, von der auch jeder Landschaftsaufbau getragen sein muss.
Auch die auf dem Lande zerstreut liegenden Gutsbetriebe mittleren und grösseren Umfangs machen in der Regel nicht den Eindruck von Stätten besonderer Kultur. Ihre Eigentümer - verschiedentlich sind es Adlige mit umfangreichem Besitz - haben den bei den Gutsbetrieben errichteten Herrenhäusern nur selten das Gepräge eines wohnlichen Sitzes zu geben vermocht. Die meisten dieser Landschlösser sind verbaut, verwahrlost und ohne gründliche Säuberungs- und Instandsetzungsarbeiten für einen Deutschen nicht bewohnbar. Wenige Ausnahmen, namentlich Landsitze der alten polnischen Hocharistokratie, die vielfach früher deutsche Erziehung [69]oder militärische Ausbil-

dung genossen hatte, bestätigen nur die Regel.
Einen besonders starken Einfluss auf die Bevölkerung, namentlich auf die Bauern, übt die katholische Kirche aus. Auffallend sind überall im Lande die grossen geräumigen Kirchen, deren Standort vielfach so gewählt ist, dass die das Land durchziehenden überörtlichen Verkehrsstrassen kilometerweit auf sie zulaufen. Zu jeder Kirche gehört eine grössere Zahl von Dörfern. Das für den gleichen Bezirk errichtete Gebäude der Gemeindeverwaltung wirkt neben der stattlichen Kirche vielfach in seiner in die Augen springenden Unzulänglichkeit geradezu dürftig.

An Sonn- und Feiertagen zieht die gesamte Landbevölkerung im besten Feiertagsstaat zu Fuss oder mit dem Panjefuhrwerk zur Kirche. Dort, wo Trachten getragen werden, haben die Frauen und Mädchen die sorgfältig gehüteten bunten Gewänder angelegt, sie laufen barfuß und tragen die Schuhe in der Hand, die sie erst kurz vor der Kirche anziehen. Die Eingänge der Dörfer sind durch hohe Holzkreuze gekennzeichnet, an denen kein Bauer vorüber fährt, ohne sich zu bekreuzigen und den Hut abzunehmen. Wenn der Pfarrer zu einem Kranken gerufen oder aus einem sonstigem Grund zu einer sakralen Handlung über Land fährt, knien die Fußgänger zum Gruss nieder und machen das Zeichen des Kreuzes.

In die polnische Landschaft eingestreut finden sich verschiedentlich Dörfer, die von Deutschen gegründet worden sind und auch zu einem Teil heute noch von Deutschen bewohnt werden. Wenn auch die deutschen



[65] *Bauernhaus in einer volksdeutschen Siedlung in Polen.*

Siedlungen im Distrikt Warschau nicht mit deutschen Bauerndörfern aus dem schwäbischen oder niederdeutschen Heimatlande der Siedler verglichen werden können, so unterscheiden sie sich doch durch die Art ihrer Anlage und das allgemeine äussere Bild von den meisten polnischen Dörfern. Die Wohnhäuser, die vielfach aus Stein oder ungebrannten Lehmziegeln errichtet worden sind, enthalten mehr Wohnraum als die Häuser der Polen. Sie sind erheblich sauberer gehalten und wohnlicher ausgestattet. Die Höfe der deutschen Bauern sind auch nicht so eng aufeinander gedrängt wie die der Polen. Mitunter sieht man an deutschen Gehöften noch den Weinstock, den die ersten Ansiedler aus ihrer Heimat mitgebracht haben.

Die deutschen Bauern haben in der Regel ihr Volkstum und ihre deutsche Eigenart gut bewahrt. Sie sind sich ihrer zumeist schwäbischen Abstammung klar bewusst und beherrschen teilweise noch [70] heute die schwäbische Mundart. Vielfach gibt es unter ihnen Kinder und Greise, die sich kaum in der polnischen Sprache zurecht finden können.
Die deutschen Dörfer hatten zumeist bei ihren Gründungen deutsche Namen erhalten, die die Polen dann später polonisiert oder völlig umgeändert haben. Heute verwenden die Bauern nun wieder die alten schönen deutschen Namen zur Bezeichnung ihrer Heimatorte, wie z. B. Alt-Ilvesheim, Ludwigsburg, Schwiningen, Mathildendorf, Karlshof, Frankenfeld, Königsdorf, Erdmannsweiler.
Alles in allem bietet der Distrikt Warschau in seiner Vielgestaltigkeit sehr viel Interessantes. Ein einheitlich geordnetes Raumgebilde im deutschen Sinne ist er naturgemäss noch nicht. Für diese Neuordnung werden Jahrzehnte erforderlich sein.

Verwaltungsaufbau im Distrikt Warschau
1. Die allgemeine Lage bei Übernahme durch die deutsche Verwaltung

Als die Tätigkeit der Verwaltung in dem Gebiet des jetzigen Distrikts Warschau begann, waren dort noch die Kämpfe im vollen Gang.
Die Leitung eines polnischen Kreises wurde in nahezu allen Fällen unmittelbar nach Einnahme der jeweiligen Kreisstadt einem Verwaltungsbeamten als "Landrat" übergeben. Die Nachbargebiete waren dabei vielfach noch nicht von den deutschen Truppen besetzt. So wurde der Landrat in Skierniewice bereits Mitte September 1939 eingesetzt, also zu einer Zeit, als sich 15 bis 20 km nördlich noch die grossen Vernichtungskämpfe der Schlacht an der Bzura vollzogen. Kreise im Westen sowie einige Kreise im Osten des Distrikts waren bereits vor der Einnahme der Städte Warschau und Modlin mit Landräten besetzt worden. Nach Einnahme der Stadt Warschau und nachdem die Russen das von ihnen vorübergehend im östlichen Teil des Distrikts besetzte Gebiet bis zur damaligen Interessengrenze wieder geräumt hatten, waren alle Kreise ordnungsgemäss durch die Zivilverwaltung übernommen. Die Dienstbezeichnung des Landrats wurde mit Gründung des Generalgouvernements in "Kreishauptmann" geändert.



[77] *Zerstörte Strassen in Warschau.*

Die Verhältnisse, die bei Beginn der Verwaltungstätigkeit in Warschau und in den Kreisen gegeben waren, waren wesentlich durch die soeben zu Ende gelangten Kampfhandlungen beeinflusst. In einigen Städten, namentlich in Warschau, Garwolin, Sochaczew, Siedlce, Lowitsch, Kaluszyn und Wyszkow sowie in den Orten in der Umgebung der Stadt Warschau waren von vielen Gebäuden nur Ruinen geblieben. Zahlreiche

Industrieanlagen und Werkstätten waren vernichtet. In einigen der genannten Städte war



[77] *Strassenbild 1939 aus Warschau.*

nahezu jedes Haus zerstört oder beschädigt. Auf dem Lande waren ganze Dörfer und zahlreiche Gehöfte niedergebrannt.

[72] Die Wehrmacht führte die Säuberung der Schlachtfelder und sonstige Aufräumungsarbeiten durch. Überall wurden grosse Mengen militärischer Beute zusammengetragen, in einigen Orten Zehntausende von Gefangenen in provisorischen Lagern untergebracht. Strassen und Brücken waren gesprengt und zu einem Teil durch die Wehrmacht wieder behelfsmässig instand gesetzt wor-

den. Die Eisenbahnverbindungen



[78] *Vollkommen zerstörte Häuser in Warschau.*

waren zumeist abgeschnitten, Post- und Telegraphenanlagen unterbrochen und die Wasserleitungen zerstört.
In manchen Gegenden, namentlich in den Waldgebieten im östlichen Teil des Distrikts, trieben sich versprengte polnische Truppenteile als Banden umher. In anderen Gegenden, vor allem im Kreise Garwolin, machten aus den Gefängnissen entkommene Verbrecher das Land unsicher. Mord und Raubüberfälle waren dort und in der Umgebung von Warschau an der Tagesordnung.



[80] *Aus Trümmern wird wieder aufgebaut.*

Auf dem Lande irrten Tausende von Flüchtlingen aus der Stadt Warschau und dem gesamten ehemaligen polnischen Staatsgebiet umher. Verstärkt wurde die Zahl der Flüchtlinge durch die infolge der Kriegshandlungen obdachlos gewordene Bevölkerung.
Ein ungeheures Durcheinander war die Folge der völligen Kopflosigkeit, die sich der Bevölkerung bemächtigt hatte. Der Handel lag danieder, die meisten Geschäfte waren geschlossen, Märkte fanden nicht mehr statt. In ihrer Angst vor Plünderungen und Requisitionen verbarg die eingeschüchterte Landbevölkerung zunächst alle Vorräte, vergrub sie sogar zum Teil und zeigte anfangs keinerlei Neigung, Lebensmittel nach den Städten zu verkaufen. Die Bergung der Ernte und die erneute Bestellung unterblieben vielfach. Guts- und Bauernbetriebe standen ohne Leitung da. Zurückgebliebene Landarbeiter verweigerten die Arbeit. Die Gefahr einer Hungersnot war nahe. Einige Städte hatten schon kaum noch Brot. Die Viehbestände waren durch den Krieg zusammengeschmolzen. Besonders stark war infolge der rigorosen Ausmusterung durch das polnische Militär der Pferdebestand in Mitleidenschaft gezogen. Zahlreiche landwirtschaftliche Betriebe hatten daher nicht die zur Einbringung der Ernte und zur Bestellung notwendigen Pferde zur Verfügung. Die Vorräte an Heu und Futtergetreide waren durch die Kriegsverhältnisse nahezu erschöpft.
Für die Juden, die an allen bedeutenderen Orten in übermässig grosser Zahl vorhanden waren, boten diese ungeordneten Verhältnisse ungeahnte Verdienst- und Schachermöglichkeiten. Es gab wohl [73] kaum einen Gegenstand des täglichen Bedarfs, mit dem sie nicht zu handeln versucht hätten. Bei den in vielen Orten vorgenommenen Plünderungen hatten gerade die Juden sich besonders ergiebig beteiligt. In ihrer Habgier verstiegen sie sich sogar dazu, Brunnenwasser glasweise und Brot stückweise an die in Lagern eingeschlossenen polnischen Gefangenen zu verkaufen.
Eine planmässige und intensive Landbewirtschaftung gab es nicht. Landwirtschaftliche Maschinen, Kunstdünger und hochwertiges Saatgut waren kaum verwendet worden. Die Ernte betrug im allge-

meinen nur etwa die Hälfte des Ertrages, der bei guter Bewirtschaftung erzielt werden kann. Auch hier war der Einfluss der Juden ausserordentlich gross. Der Handel und die landwirtschaftlichen Verarbeitungsbetriebe waren überwiegend in jüdischen Händen. In einer Stadt mit 17 000 Einwohnern waren von den 375 vorhandenen Geschäften 271 jüdisch.
Der kulturelle und hygienische Zustand in nahezu allen Landstädten des Distrikts war derartig, dass er deutschen Ansprüchen in keiner Weise gerecht werden konnte. Es gab weder Gaststätten noch Hotels, in denen man einem Deutschen die Beköstigung oder Unterkunft hätte zumuten können. Wohngebäude mit sanitären Einrichtungen waren selten, gesundheitlich einwandfreie Wasserversorgungsanlagen in vielen Fällen nicht vorhanden.
Abgesehen von den vorstehend geschilderten, durch den Krieg verursachten Zuständen übernahm die deutsche Verwaltung aber auch rein verwaltungsmässig einen kümmerlichen Bestand und eine Organisation, die zur Erschliessung des Landes völlig ungenügend war. Auf vielen Gebieten herrschte der Grundsatz, dass jeder das tun und lassen könne, was ihm behagte. Grosse vorausschauende Planungen gab es nicht. Die polnischen Starosten, die etwa den deutschen Landräten entsprechen, hatten laufende Verwaltungsgeschäfte erledigt, aber keine tatkräftige Initiative gezeigt. Das unsystematische Arbeiten ist beispielsweise daran zu erkennen, dass der Bau eines Krankenhauses - ein Millionenprojekt - aus laufenden Haushaltsmitteln begonnen worden war, ohne dass irgendwelche Rücklagen geschaffen worden waren. Infolgedessen konnte der Bau nur jeweils in dem Umfange weitergeführt werden, wie es die eingehenden Steuermittel erlaubten. Dazu kam, dass die polnischen Verwaltungsbehörden, auch die Gemeindevögte und Dorfschulzen, überall ihre Tätigkeit eingestellt hatten. Die führenden Beamten waren seit Wochen geflohen und hatten wichtige Akten sowie die [74] gesamten Geldbeträge mitgenommen. Einige Dienstgebäude waren durch die Kampfhandlungen beschädigt, andere geplündert, die Geldschränke erbrochen und ausgeraubt. Die Einrichtungsgegenstände waren vielfach vernichtet oder weggeschleppt. Polizeiorgane waren nicht mehr vorhanden. An manchen Orten versah ein polnischer Selbstschutz unter Leitung eines Kommandanten, der sich selbst eingesetzt hatte, einen Ordnungsdienst, der im wesentlichen aus einer Arbeit in die eigene Tasche bestand.
Bei diesen Verhältnissen kam es darauf an, so schnell wie möglich eine neue schlagkräftige Verwaltung aufzuziehen, um das Land aus diesem Chaos zu befreien.
Die wenigen Deutschen, die damals unter den schwierigsten Verhältnissen mit dieser Aufgabe betraut wurden, haben das Äusserste an Tatkraft, Verantwortungsfreude und Opferwillen hergeben müssen, um diese ihnen gestellte Aufgabe zu meistern.



2. Aufbau der staatlichen Verwaltung im Distrikt Warschau

Der Oberbefehlshaber des Heeres als Inhaber der vollziehenden Gewalt in den besetzten polnischen Gebieten hatte noch während des Polenfeldzuges durch die Chefs der Zivilverwaltung bei den Armeeoberkommandos Landräte als Leiter der früheren polnischen Kreise eingesetzt. Den Landräten standen "Verwaltungstrupps" zur Seite, die aus 4 - 5 Soldaten und 2 Kraftwagen bestanden. Weiter waren dem Landrat ein mittlerer Beamter sowie ein Landwirt als Kreislandwirt beigegeben. Diese Verwaltungstrupps rückten unmittelbar hinter der kämpfenden Truppe in die zum Teil noch brennenden Kreisstädte ein. Ihre Aufgabe war es, den völlig zerschlagenen Verwaltungsapparat wieder in Gang zu bringen.
Als dann durch Erlass des Führers vom 12. 10. 1939 das Generalgouvernement geschaffen wurde und der Amtsantritt des Generalgouverneurs am 26. 10. 1939 erfolgte, galt es, die Verwaltung nunmehr grundlegend neu aufzuziehen.
Der Aufbau vollzog sich auf der Grundlage des Führerprinzips.
An der Spitze des Generalgouvernements steht der Generalgouverneur, der unmittelbar dem Führer unterstellt ist. Zur einheitlichen Führung sämtlicher Verwaltungszweige bedient er sich [75] der Regierung des Generalgouvernements, die vom Staatssekretär geleitet wird und die den Distrikten

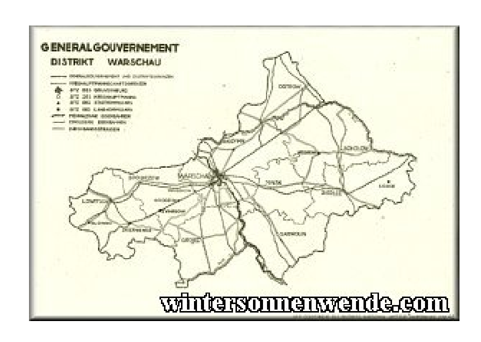
Richtlinien für die Verwaltung gibt.
An der Spitze der einzelnen Distrikte steht der Gouverneur, der im Namen des Generalgouverneurs die gesamte Verwaltung im Distrikt führt.
Im Distrikt Warschau hat SA-Gruppenführer Dr. Fischer am 30. 10. 1939 als Distriktschef die Leitung des Distrikts übernommen. Seit diesem Tage steht er als Gouverneur an der Spitze des Distrikts.

Dem Gouverneur sind der Chef des Amtes[1] sowie der SS- und Polizeiführer[2] unmittelbar unterstellt. Die dem Distrikt Warschau übertragenen Aufgaben wurden anfangs nur mit einem kleinen Stab von Mitarbeitern erledigt, die in Gemeinschaftsarbeit alle anfallenden Aufgaben in Angriff nahmen. Im Lauf der Zeit erfolgte dann eine Aufteilung in Ämter und Abteilungen. Nachdem der Verwaltungsaufbau nunmehr abgeschossen ist, gliedert sich das Amt des Distrikts in 5 Ämter, die dem Chef des Amtes beigegeben sind, nämlich:

Präsidialbüro,
Personalamt,
Amt für Raumordnung,
Amt für Preisüberwachung,
Archivamt,

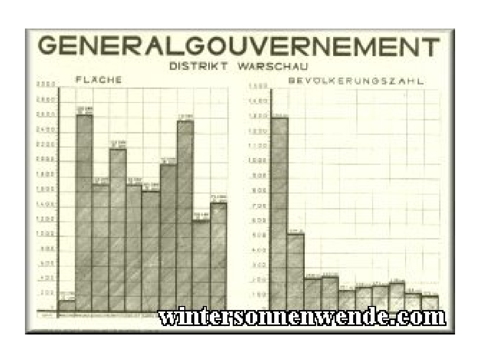
und in 10 Abteilungen, nämlich:

Innere Verwaltung,
Finanzen,
Justiz,
Wirtschaft,
[76] Ernährung und Landwirtschaft,
Forsten,
Arbeit,
Propaganda,
Wissenschaft und Unterricht,
Bauwesen.



[57] *Verwaltungskarte des Distrikts Warschau.*
[Vergrößern]

Neben der Schaffung und dem Ausbau der Behörden des Distrikts wurde der Aufbau und die Organisation der unteren Verwaltungsbehörden in Angriff genommen. An der Spitze der unteren Verwaltungsstufe stehen die Stadt- bzw. Kreishauptleute.
Das heutige Gebiet des Distrikts Warschau war in der polnischen Republik in 14 Starosteien, die etwa den deutschen Landkreisen entsprechen, eingeteilt. Im Interesse einer möglichst straffen Verwaltung werden bei der Neuorganisation mehrere Starosteien zusammengelegt. Neben der Stadt Warschau wurden zunächst 10 Landkreise gebildet, für die später die Bezeichnung "Kreishauptmannschaften" eingeführt worden ist. Es handelte sich dabei um folgende Kreishauptmannschaften:



[58] *Grösse und Bevölkerungszahl der Stadt- und Kreishauptmannschaften des Distrikts Warschau.*
[Vergrößern]

Warschau-Land,
Garwolin,
Siedlce,
Sochaczew,
Grojec,
Ostrow,
Sokolow,
Lowitsch,
Skierniewice,
Minsk.

Später wurden die Kreishauptmannschaften Skierniewice und Lowitsch aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung zusammengelegt. Der Sitz der neuen Kreishauptmannschaft ist Lowitsch.
Der Distrikt Warschau besteht also zur Zeit aus 9 Kreishauptmannschaften und der Stadthauptmannschaft Warschau.
Die Kreishauptmannschaften sind jeweils nach den Kreisstädten benannt. Die Bevölkerungsdichte der Kreishauptmannschaften schwankt zwischen 100 000 und 500 000 Einwohnern.[3]
[77-80=Fotos] [81] Die Behörde des Kreishauptmanns besteht aus folgenden Ämtern:

Amt für Innere Verwaltung,

in dem die allgemeinen Hoheitssachen, Polizeiangelegenheiten, Bau- und Wohnungssachen, die Preisüberwachung sowie Bevölkerungswesen und Fürsorge bearbeitet werden,Amt für Wirtschaft,
Amt für Ernährung und Landwirtschaft,
Schulamt.

Dazu kommen die angegliederten Ämter:

Finanzinspekteur,
Landinspektion,
Wasserwirtschaftsinspektion,
Arbeitsamt,
Forstaufsichtsamt,
Strombauinspektion.

Die angegliederten Ämter sind zur besseren Erledigung ihrer Fachaufgaben für mehrere Kreishauptmannschaften eingerichtet und somit gleichzeitig mehreren Kreishauptleuten angeschlossen.
In mehreren Kreishauptmannschaften sind als Verwaltungsstellen des Kreishauptmanns Land- und Stadtkommissare eingesetzt. Während die Stadtkommissare die unmittelbare Staatsaufsicht über die ihnen anvertrauten Stadtverwaltungen führen, obliegt den Landkommissaren die hoheitliche Aufsicht und die Polizeiverwaltung in ihrem ländlichen Bezirk.

Stadtkommissare sind eingesetzt für die Städte Siedlce, Pruszkow und Lowitsch,
Landkommissare in

Grodzisk und Zyrardow	(Kreishauptmannschaft Sochaczew)
Radzymin	(Kreishauptmannschaft Warschau-Land)
Wengrow	(Kreishauptmannschaft Sokolow)
Skierniewice und Glowno	(Kreishauptmannschaft Lowitsch)
Losice	(Kreishauptmannschaft Siedlce).

Den Kreishauptleuten sind Gendarmeriezüge unter Führung eines Bezirksoberleutnants der Gendarmerie zur Durchführung poli- [82] zeilicher Aufgaben beigegeben. Die Gendarmeriezüge sind auf mehrere an verschiedenen Orten des Kreisgebietes eingerichtete Posten verteilt. Zur Durchführung wichtiger Vollzugsmassnahmen stehen weiterhin "Sonderdienst-Kommandos" zur Verfügung.
Dem Kreishauptmann sind polnische Dienststellen unterstellt, die von dem fachlich zuständigen Amt der Kreishauptmannschaft laufend beaufsichtigt werden.
An solchen Dienststellen sind zu nennen:

der Kreisarzt,
der Kreistierarzt,
das Tierzuchtamt,
das Wasserwirtschaftsamt,
das Steueramt,
die Oberförstereien.

Der Kreishauptmann ist weiterhin Leiter der Verwaltung des Gemeindeverbandes. Ihm unterstehen damit die verschiedenen kreiskommunalen Einrichtungen, namentlich:

das Kreisstrassenbauamt,
die Kreiskrankenhäuser,
die kommunalen Gesundheitspunkte,
die kreiskommunalen landwirtschaftlichen Schulen,
die Tierheilstätten,
die Altersheime
und sonstige Einrichtungen.

Die Ämter der Kreishauptmannschaften arbeiten mit verhältnismässig wenig deutschen Kräften. Eine personelle Besetzung, wie sie bei vergleichbaren Dienststellen im Reich gegeben ist, ist bei weitem nicht vorhanden. Zur Durchführung der Arbeiten müssen daher in nennenswertem Umfange Polen und verschiedentlich auch Ukrainer herangezogen werden. Die deutsche Verwaltung beschränkt sich in zunehmendem Masse darauf, Führungs- und Aufsichtsinstanz zu sein und überlässt nach Möglichkeit die Durchführung den polnischen Sachbearbeitern. Dass Angelegenheiten mit überwiegendem deutschem Interesse ausschliesslich von Deutschen bearbeitet werden, ist dabei selbstverständlich.
Es muss festgestellt werden, dass gerade die Verwaltung der Kreishauptmannschaften sich von Anfang an durch schöpferische Initiative und durch eine grosse Entschlussfreudigkeit der eingesetzten Amtsträger ausgezeichnet hat.



[83]

3. Aufbau der kommunalen Verwaltung

Bei Übernahme der Verwaltung durch die deutschen Behörden wurde den polnischen Gemeinden die Selbstverwaltung im wesentlichen belassen. Der polnische Bürgermeister führt auch jetzt noch im allgemeinen die Verwaltung seiner Gemeinde in voller ausschliesslicher Verantwortung.
In den einzelnen Kreishauptmannschaften des Distrikts sind entsprechend den früheren polnischen

Gesetzen in überwiegendem Masse sogenannte Sammelgemeinden vorhanden, die unter der Leitung von Amtsvorstehern (Wojts) stehen. Diese Sammelgemeinden bestehen aus einzelnen Dörfern, die von Dorfschulzen (Soltys) geleitet werden.
In den kreisangehörigen Städten und den Stadtkreisen führt der polnische Leiter der Gemeinde die Bezeichnung Bürgermeister. Die polnische Bezeichnung "Burmistrz" zeigt übrigens, dass dieses Wort aus dem deutschen Sprachgebrauch übernommen worden ist, wie überhaupt gerade auf dem Gebiet der Verwaltung deutsche Verwaltungseinrichtungen seit Jahrhunderten in Polen von grosser Bedeutung gewesen sind. Das polnische Wort "Wojt" z. B. ist aus dem deutschen Wort "Vogt" entstanden,[4] ebenso stammt die polnische Bezeichnung für den Dorfschulzen "Soltys" von dem deutschen Wort "Schulze".
In der Mehrzahl der Fälle haben die Kreishauptleute im Interesse einer reibungslosen Weiterarbeit die polnischen Amtsvorsteher und Bürgermeister beibehalten. Nur in Orten mit nennenswerter deutscher Bevölkerung wurden deutsche Volkszugehörige als Bürgermeister oder Wojts eingesetzt.
Die Verwaltung der Gemeinden wurde während des organisatorischen Ausbaues der Kreishauptmannschaften ebenfalls weiter ausgebaut. Die laufenden Verwaltungsgeschäfte erledigt wie in polnischer Zeit der Gemeindesekretär. Für Angelegenheiten der Ernährung sowie für die Erfassung und Sicherstellung landwirtschaftlicher Erzeugnisse steht dem Gemeindevogt darüber hinaus ein Ernährungs-Sachbearbeiter zur Seite. Zur Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung sind in den Gemeinden Gemeinde-Agronome eingesetzt.
In mehreren Kreishauptmannschaften sind für 2 bis 3 Gemeinden Bezirksärzte und Bezirkstierärzte tätig, die aus Gemeindemitteln eine Vergütung erhalten und die Aufgaben der Gesundheitskontrolle [84] und der Seuchenbekämpfung durchzuführen haben. Die Tierärzte werden auch zur Untersuchung der abgelieferten Viehkontingente eingeschaltet.
Die durch den Generalgouverneur den polnischen Gemeinden eingeräumte Selbstverwaltung entspricht den Richtlinien, wonach das Generalgouvernement eine Heimstätte der Polen sein soll.
Die bisher gemachten Erfahrungen haben gezeigt, dass die polnischen Gemeinden trotz der schweren finanziellen Einbussen, die sie erlitten haben, und trotz der Kriegsschäden sowie der durch den Krieg bedingten schlechten Wirtschaftslage lebensfähig sind, wenn sie unter entsprechend straffer deutscher Aufsicht stehen.
Die polnischen Amtsvorsteher und Bürgermeister haben sich im allgemeinen als zuverlässig erwiesen. Sie sind zur loyalen Mitarbeit bereit, wenn sie auch manchmal gegenüber aufsässigen Element in ihren Gemeinden einen schweren Stand haben.



[1] Chef des Amtes war in der Zeit vom 26. 10. 39 bis zum 31. 12. 1940 Reichsamtsleiter **Barth**, der in das Reichsrechtsamt der NSDAP nach München zurückberufen wurde. Seit dem 1. 1. 1941 ist Reichshauptstellenleiter Dr. **Hummel**Chef des Amtes. ...zurück...

[2] Als SS- und Polizeiführer war in der Zeit vom 9. 11. 1939 bis 22. 7. 1941 SS-Gruppenführer **Moder** eingesetzt, der als Angehöriger der Waffen-SS im Russlandfeldzug den Heldentot fand. An seine Stelle trat SS-Oberführer **Wigand**, der am 1. 5. 1942 zur Waffen-SS einrückte. Seitdem ist SS-Oberführer Dr. **von Sammern-Frankenegg** im Distrikt Warschau SS- und Polizeiführer. ...zurück...

[3] Vgl. die Karte des Distrikts Warschau **S. 57 des Buches**. ...zurück...

[4] *[Scriptorium merkt an:* dieselbe linguistische Wurzel findet sich auch im Namen des ehemaligen Papst Johannes Paul II., der Karol Wojtyla hieß. Somit hatte der polnische Papst womöglich deutsche Ahnen, und sein Name war eine polnische Variante des deutschen "Karl Vogt"?]

Verwaltungsaufbau im Distrikt Warschau (Teil 2)
4. Aufbau der Verwaltung der Stadt Warschau

Ein besonderes Problem war von Anfang an die Verwaltung der Stadt Warschau.
Unter der Militärverwaltung wurde zunächst ein Reichskommissar für die Stadt Warschau eingesetzt. Vorübergehend kam es dann zur Übertragung der Leitung der Stadt an einen Stadtpräsidenten. Danach übernahm der Chef des Distrikts, Gouverneur Dr. Fischer, selbst die Führung der Verwaltung, wobei er sich einen "Beauftragten für die Stadt Warschau" bestellte. Der Gouverneur übte also die Funktionen des Stadthauptmanns der Stadt Warschau zunächst persönlich aus und liess sich nur durch seinen "Beauftragten" vertreten. Diese Regelung endete im September 1941. Seit dieser Zeit steht an der Spitze der Verwaltung der Stadt Warschau ein Stadthauptmann.[1]

[84] In Warschau wurde eine scharfe Trennung auch in finanz- und etatsmässiger Hinsicht zwischen der staatlichen Aufsichtsbehörde Stadthauptmanns und der polnischen Stadtverwaltung vorgenommen. Der deutsche Stadthauptmann beaufsichtigt lediglich die polnische Stadtverwaltung, die ihrerseits sämtliche Verwaltungsangelegenheiten selbständig bearbeitet, soweit sie der Stadthauptmann nicht wegen ihrer Bedeutung für die deutschen Interessen an sich zieht.



Warschauer Strasse in Minsk.
[116]
Schloss Stara Wies bei Kolbig im Kreis Minsk.
(Von diesem Balkon sprach der Führer am 22. 9. 1939, dem Vorabend der Schlacht bei Warschau, zu seinen Soldaten und überreichte die ersten Kriegsauszeichnungen.)



Die Behörde des Stadthauptmanns in Warschau ist demnach eine reine Aufsichtsbehörde, die über der polnischen Stadtverwaltung steht, die sie wiederum durch ihre einzelnen Fachreferenten über-

wacht. So zum Beispiel wird der Haushaltsplan der Stadt Warschau durch den zuständigen Sachbearbeiter des polnischen Bürgermeisters aufgestellt und alsdann - vor der Weiterleitung an den Gouverneur - von dem Finanzdezernenten des Stadthauptmanns geprüft.
Eine andere Verwaltungsmethode würde im Hinblick auf die Grösse der Stadt Warschau, die Zahl der bei der Stadtverwaltung beschäftigten Beamten und den ungeheuren Umfang der anfallenden Arbeit nicht verantwortet werden können, umso weniger, als es sich bei den Arbeiten zum grössten Teil um Dinge handelt, die für die deutschen Interessen ohne entscheidende Bedeutung sind. Die Praxis hat ergeben, dass auf diese Weise mit einer verhältnismässig geringen Anzahl von deutschen Beamten und Angestellten eine Überwachung der wichtigsten Angelegenheiten durchaus möglich ist.
Mit der vorgeschilderten Verwaltungsorganisation ist es im Verlauf des Bestehens des Generalgouvernements gelungen, in der Stadt Warschau wieder geordnete Verhältnisse zu schaffen. Es ist auch gelungen, den Haushaltsplan auszugleichen, wobei allerdings rigorose Kürzungen der Ausgaben ebenso nötig waren wie die Gewährung umfangreicher Zuschüsse aus Mitteln des Generalgouvernements.
In diesem Zusammenhang sei noch erwähnt, dass mit Rücksicht auf die grosse Zahl der in der Stadt Warschau lebenden Juden - es handelt sich um etwa 500 000 Juden, die ein Drittel der Gesamtbevölkerung ausmachen - für die Verwaltung des jüdischen Wohnbezirks[2] Sonderregelungen notwendig wurden. Der Obmann des Judenrates erhielt die Aufgaben und Befugnisse [86] eines Bürgermeisters für das Gebiet des jüdischen Wohnbezirks in Warschau zugewiesen. Dieser Obmann des Judenrates untersteht dem Kommissar für den jüdischen Wohnbezirk, der unmittelbar vom Gouverneur eingesetzt ist.
Zur Regelung der Wirtschaftsbeziehungen des jüdischen Wohnbezirks zur Aussenwelt ist eine Transferstelle in der Rechtsform einer öffentlichen Anstalt geschaffen worden.
Es handelt sich hierbei durchweg um neue Verwaltungsformen, die ohne jedes Vorbild aus den praktischen Bedürfnissen der Verwaltung geschaffen werden mussten. Die schöpferische Initiative jedes einzelnen ist dabei von allergrösster Bedeutung gewesen. Mit Recht hat der Generalgouverneur in seinem grossen Rechenschaftsbericht anlässlich des Zweijahrestages des Bestehens des Generalgouvernements hierauf hingewiesen und mit Stolz festgestellt, dass aus dem Ende 1939 aufgestellten ersten Rohentwurf einer staatlichen Organisation inzwischen ein festgefügter Verwaltungsbau geworden ist, der das "Kriegskind Generalgouvernement" in kürzester Zeit zu einem gewaltigen Ordnungsinstrument werden liess.



[86] *Rathaus der Stadt Warschau.*



[87]
5. Der Kreishauptmann



[99] *Dienstgebäude des Kreishauptmanns in Siedlce.*
[102] *Dienstgebäude des Kreishauptmanns in Grojec.*



Der Kreis- (Stadt-) Hauptmann ist als Verwaltungsbehörde die unterste Stufe der deutschen Verwaltung im Generalgouvernement. Die Anordnungen und Massnahmen, die die Regierung des Generalgouvernements beschliesst und deren Durchführung der Gouverneur des Distrikts in seinem Bereich überwacht, hat der Kreishauptmann mit seinen Mitarbeitern unmittelbar zur Ausführung zu bringen. Von seiner Tätigkeit und von seinem Geschick hängt es ab, ob die Anordnungen der Regierung in der gewünschten Weise Gestalt gewinnen. Er steht mit seinen oft sehr wenigen Mitarbeitern tagtäglich in unmittelbarer Verbindung mit der polnischen Bevölkerung, so dass dadurch im wesentlichen durch ihn die deutsche Hoheitsgewalt über das eroberte Gebiet und auch über seine Einwohner ausgeübt wird.



[109] *Dienstgebäude des Kreishauptmanns in Sokolow.*
[115] *Dienstgebäude des Kreishauptmanns in Minsk.*



Gerade der Umstand, dass der Kreishauptmann in einem Gebiet, das ein Mehrfaches eines durchschnittlichen deutschen Landkreises umfasst, Aufgaben gegenüber einer Bevölkerung durchzuführen hat, die von den früheren Machthabern jahrelang gegen das Deutschtum aufgehetzt und über die Verhältnisse in Deutschland in völlig entstellter Weise unterrichtet worden war, bildet das wesentliche Unterscheidungsmerkmal zu der Tätigkeit der unteren Verwaltungsbehörde des Reiches. Bei jeder Amtshandlung muß infolgedessen geprüft werden, wie sie sich in psychologischer und politischer Hinsicht auf die Bevölkerung auswirkt. Verwaltungsakte, die im Reich ein völlig unpolitisches Gesicht haben, gewinnen im Generalgouvernement politischen Charakter und bedürfen der einheitlichen Ausrichtung und Überwachung in politischer Hinsicht.



[117] *Dienstgebäude des Kreishauptmanns in Lowitsch.*

Es kann also bei der Tätigkeit in den Kreis- (Stadt-) Hauptmannschaften des Generalgouvernements weniger von einem Verwalten in technischer Hinsicht als vielmehr von der Ausübung hoheitlicher Befugnisse und der Anwendung staatlicher Machtmittel gegenüber einer fremden Bevölkerung gesprochen werden.

Der Kreis- und Stadthauptmann ist entsprechend dem ihm gegebenen Auftrag, die gesamte Verwaltung in seinem Bezirk zu führen, berechtigt und verpflichtet, in allen Fällen Anordnungen treffen und zu handeln, in denen es das Interesse des Reiches erfordert. Das frühere polnische Recht, das grundsätzlich in Kraft geblieben ist, gilt dabei insoweit nicht, als es der Übernahme der [88] Verwaltung durch das Deutsche Reich widerspricht. Der Generalgouverneur und seine Regierung haben zwar für die verschiedensten Lebensgebiete im Verordnungswege Bestimmungen erlassen; es gibt aber viele Bereiche, in denen Rechtsvorschriften noch nicht ergangen sind. Außerdem geben die erlassenen Verordnungen zuweilen nur allgemeine Weisungen, ohne eine ins Einzelne gehende Regelung zu enthalten. Der Kreishauptmann muß daher häufig selbstverantwortlich Maßnahmen und Anordnungen so durchführen, wie sie den vom Generalgouverneur gegebenen politischen Richtlinien oder den aus seinen Maßnahmen erkennbaren Zielen entsprechen. An die Verantwortungsfreudigkeit und Initiative des Kreishauptmanns sowie an die eines jeden seiner Mitarbeiter werden daher große Anforderungen gestellt.

Dadurch ist aber gleichzeitig auch dem schöpferischen Gestaltungswillen gerade in der unteren Verwaltungsstufe weitester Spielraum gegeben, und zwar in einem Ausmaße, wie es bei vergleichbaren Verwaltungen des Reiches nicht der Fall ist. Die Kreis- (Stadt-) Hauptleute haben in ihrer bisherigen Verwaltungstätigkeit hiervon erfreulich viel Gebrauch gemacht und in zahlreichen Fällen die auftauchenden Probleme von sich aus angepackt und selbständig einer Lösung zugeführt. Sie haben verschiedentlich durch ihre Initiative und Tatkraft den vorgesetzten Stellen Anregungen gegeben, so daß manche Maßnahme, die zunächst nur ein einzelner Kreishauptmann durchgeführt hat, allgemein verwirklicht worden ist. So ist z. B. die Bildung geschlossener jüdischer Wohnbezirke erstmals im Mai 1940 in einer Kreishauptmannschaft im Westen des Distrikts Warschau erfolgt. Die dabei gesammelten Erfahrungen haben mit dazu beigetragen, im gesamten Generalgouvernement jüdische Wohnbezirke einzurichten.

Die Arbeitsweise ist in der Stufe der Kreishauptleute trotz der Beachtung aller fachlichen Notwendigkeiten in erfreulicher Weise unbürokratisch. Kleinliche Bedenken und Hemmungen gibt es nicht, da sich die anfallenden Aufgaben mit dem geringen deutschen Personal nur in einer großzügigen und in der Durchführung freien Weise lösen lassen. So ist es häufig vorgekommen, daß wichtige

Anordnungen, die an die Gemeindevögte weitergegeben werden mußten, lediglich mündlich übermittelt worden sind. Ein einziger mündlich gegebener Befehl hat oft genügt, um weittragende Ergebnisse und Erfolge zu zeitigen.
[89] Die Verordnungen und Anordnungen, die der Kreis- (Stadt-) Hauptmann durchzuführen hat oder selbst erläßt, richten sich in einer Vielzahl von Fällen an die polnische Bevölkerung oder Teile von ihr und fordern von ihr ein Verhalten oder bestimmte Handlungen. Den Gutsbesitzern und den Bauern wird zum Beispiel alljährlich aufgegeben, bestimmte Mengen erzeugter Lebensmittel, Vieh und Getreide an die eingerichteten Erfassungsstellen abzuliefern; die Fuhrbesitzer werden verpflichtet, bestimmte Fuhrwerksleistungen zu erfüllen; von den Gewerbetreibenden wird verlangt, daß sie ihre Waren und Produkte nur im Rahmen des geregelten Bewirtschaftungsverfahrens verkaufen; Lebensmittelgeschäfte dürfen Lebensmittel nur gegen Karten und in der vorgeschriebenen Menge abgeben; Arbeitsfähige haben den Beorderungen des Arbeitsamtes zur Durchführung von Arbeiten nachzukommen.
Von der polnischen Bevölkerung kann dabei, wie bereits ausgeführt, nicht erwartet werden, daß sie an der Durchführung aller dieser Maßnahmen aktiv und zustimmenden Anteil nimmt. Es ist jedoch notwendig, daß sie die auferlegten Verpflichtungen erfüllt und die gegebenen Verbote beachtet. Es bedarf daher in weitgehendem Maße einer gründlichen Aufklärung der Bevölkerung. Diese Aufklärung hat sich nicht nur auf die Ereignisse der Politik und den Verlauf des Krieges zu erstrecken, sondern auch die Notwendigkeit der von der deutschen Verwaltung geforderten Maßnahmen überzeugend darzulegen. Die Aufklärung, die durch die in polnischer Sprache erscheinende Presse erfolgt, genügt allein zur Unterstützung der Verwaltungsarbeit noch nicht, weil der polnische Kleinbauer kaum eine Zeitung in die Hand nimmt und ein großer Teil der Polen Analphabeten ist. Die Kreis- (Stadt-) Hauptleute haben daher in Zusammenarbeit mit der Abteilung Propaganda in grösseren Städten Lautsprecher auf den Märkten anbringen lassen, über die regelmässig der Nachrichtendienst in polnischer Sprache sowie sonstige wichtige Bekanntmachungen gegeben werden. In einigen Kreishauptmannschaften sind darüber hinaus Lautsprecherwagen vorhanden. Die Bevölkerung nimmt an diesem Nachrichtendienst regen Anteil und sammelt sich regelmässig auf den Marktplätzen zu den üblichen Durchgabestunden.
Ihr werden ferner laufend in einfach gefassten, klar verständlichen Maueranschlägen die wichtigsten Anordnungen zur Kenntnis gebracht. Die Maueranschläge werden selbst im kleinsten Dorf ausgehängt und tragen wesentlich dazu bei, dass viele wichtige Mass- [90] nahmen von den Bauern, die Geschriebenes lesen können, gelesen werden. Jede Massnahme, die in das private und wirtschaftliche Leben des einzelnen eingreift, wurde so bekanntgegeben.



[101] *Rathaus in Sochaczew,*
erbaut in der Preussenzeit (1795-1806).

Darüber hinaus lassen einzelne Kreishauptleute grosse politische Geschehen (z. B. den Zusammenbruch der französischen Armee) durch Maueranschlag zur Kenntnis bringen. Die Veröffentlichung durch Maueranschlag wird in verschiedenen Kreisen noch dadurch ergänzt, dass alle Bekanntmachungen in einem amtlichen Mitteilungsblatt des Kreishauptmanns gesammelt und den Gemeindevögten, Dorfschulzen und sonstigen Interessenten laufend zugestellt werden.



[108] *Rathaus in Ostrow (jetzt Soldatenheim).*

Um Verständnis für die eingeleiteten Massnahmen zu wecken, finden weiterhin in regelmässigen Abständen Besprechungen mit den Bürgermeistern und Gemeindevögten statt, in denen die Anordnungen auf den verschiedensten Gebieten der Verwaltungstätigkeit laufend bekanntgegeben werden. Die Gemeindevögte führen dann ihrerseits wieder Besprechungen mit den Dorfschulzen durch und geben das Gehörte weiter. Hin und wieder finden auch unter Leitung des Kreishauptmanns Dorfschulzenversammlungen statt.

Es darf festgestellt werden, dass infolge dieser Aufklärung die wichtigsten Anordnungen allen Bevölkerungskreisen bekannt geworden sind und dass im besonderen Masse auch Verständnis für die deutschen Massnahmen erweckt worden ist. Die Bevölkerung befolgt auf vielen Gebieten zunehmend die deutschen Anordnungen freiwillig.

Da es aber überall böswillige Kräfte gibt, die dazu neigen, die im Interesse der Bevölkerung getroffenen Massnahmen als gegnerische Akte anzusehen, ist es erforderlich, diese Elemente mit Verwaltungsstrafen oder Verwaltungszwang zur Einsicht und Befolgung der gegebenen Anordnungen zu bringen. Dabei dürfen zur Aufrechterhaltung der deutschen Autorität auch kleine Unbotmässigkeiten nicht hingenommen werden. Alle Anordnungen ergehen daher in Form eines unzweideutigen die Durchführung einer Massnahme bis ins einzelne festlegenden Befehls, der gegenüber Böswilligen erforderlichenfalls auch durch die Vollzugsorgane erzwungen werden kann.

Auf Grund der von dem Generalgouverneur erlassenen Verordnung über das Verwaltungsstrafverfahren können die Kreishauptleute für den Fall der Nichtbefolgung einer ihrer Anordnungen die Verhängung von einfachen Verwaltungsstrafen androhen. Von der [91-94=Fotos] [95] Strafbefugnis wird entsprechender Gebrauch gemacht, doch handelt es sich um Ausnahmefälle, die zumeist von den polnischen Dorfschulzen und Gemeindevögten dem Kreishauptmann zur Bestrafung gemeldet werden. Ganz böswillige Elemente werden zu Erziehungszwecken für einige Zeit in ein Arbeitslager eingewiesen. Die Häftlinge werden dort zu körperlicher Arbeit angehalten, eine Massnahme, die bei der natürlichen Bequemlichkeit der Polen ausserordentlich dazu beigetragen hat, gegebenen Befehlen den nötigen Nachdruck zu verleihen.

Insgesamt hat sich die Arbeit der Kreishauptleute hervorragend bewährt. Der weitere Ausbau der Kreishauptmannschaften ist daher eine im deutschen Gesamtinteresse liegende Notwendigkeit.



Verwaltungsaufbau im Distrikt Warschau (Teil 3)
6. Aus der Arbeit der Stadt- und Kreishauptleute

Als die Kreishauptleute ihre Tätigkeit übernahmen, bestand eine der vordringlichsten Aufgaben, in dem durch die Kriegsereignisse in Unordnung geratenen Gebiet Ordnung und die allgemeine Sicherheit wiederherzustellen. Die in den Kreishauptmannschaften eingesetzte reichsdeutsche Gendarmerie fand hierin ein weites Betätigungsfeld. Munitions- und Waffendiebstähle wurden aufgeklärt, Fälle unbefugten Waffenbesitzes ermittelt, Raubüberfälle, Diebstähle und dergleichen bearbeitet, einzelne politische Hetzer unschädlich gemacht. In verschiedenen Fällen wurden Verbrechernester in Wäldern und Häusern, zum Teil im Feuergefecht, ausgehoben. Namentlich in der Kreishauptmannschaft Garwolin sowie in der Umgebung von Warschau waren die Gendarmerie und zusätzlich eingesetzte Polizeikräfte wochenlang mit der Fahndung nach den aus den Gefängnissen entlassenen Schwerverbrechern und Banditen beschäftigt. In ihrer Aufgabe wurden sie durch die seit Oktober 1939 wieder in den Dienst gestellte und nach und nach bewaffnete polnische Polizei sowie vor allem durch die einige Zeit später eingesetzten Beamten der deutschen Kriminalpolizei unterstützt. Dadurch gelang es, seit Anfang 1940 die allgemeine Sicherheit und Ordnung in den Kreishauptmannschaften wiederherzustellen.
Verschiedentlich wurden auch im Distrikt Warschau Gräber ermordeter Volksdeutscher ermittelt und Fahndungen nach den Tätern aufgenommen. Namentlich in der Kreishauptmannschaft **Lo-** [96] **witsch, wohin große Verschleppungszüge Volksdeutscher aus der Gegend von Bromberg gekommen**und dort zum Teil von der vorstoßenden deutschen Wehrmacht befreit worden waren, wurden zahlreiche in der gemeinsten Weise ermordete Deutsche wieder ausgegraben und in die Heimat überführt.



[78] *Ruinenstrasse in Warschau 1939.*

In den ersten Wochen galt es weiter, die verschiedensten durch die Kriegsereignisse hervorgerufenen Beschädigungen und Zerstörungen so zu beseitigen, daß das normale Wirtschaftsleben wieder seinen Gang nehmen konnte. So wurden Elektrizitätswerke wiederhergestellt, durch Granateneinschlag zerstörte Wasserleitungen und Straßen ausgebessert, Brücken vorläufig instand gesetzt, grobe Schäden an Gebäuden und gewerblichen Anlagen beseitigt und



[79] *Aufräumungsarbeiten in Warschau Oktober 1939.*

dergleichen. Geschäfte, handwerkliche und sonstige gewerbliche Betriebe wurden neu eröffnet und die zum Erliegen gekommenen Wochenmärkte wieder eingerichtet. In den zerschossenen Städten wurde mit den vordringlichsten Aufräumungsarbeiten begonnen, insbesondere wurden die Gebäudeteile, die eine Gefahr für den allgemeinen Verkehr darstellten, niedergelegt.



[79] *Strasse in Warschau nach den Aufräumungsarbeiten.*

Die Tätigkeit der Kreishauptleute war in der ersten Zeit weiter darauf gerichtet, die öffentlichen Verwaltungen wieder in Gang zu setzen. Ein Teil der früheren polnischen Beamten und Angestellten konnte für die mannigfaltigste Verwendung wieder herbeigeholt werden; im übrigen wurden die Dienststellen durch Neueinstellungen ergänzt. In einer Reihe von Fällen mußten neue Bürgermeister und Gemeindevögte eingesetzt werden, wobei nach Möglichkeit geeignete Volksdeutsche ausgewählt wurden.



[99] *Strasse in Siedlce.*

Soweit Akten und sonstige Unterlagen während der Kriegsereignisse verschleppt worden waren, mußte an einen völligen Neuaufbau der büromässigen Unterlagen herangegangen werden. So wurden verschiedentlich, insbesondere bei den Steuerämtern, Kreiskommunalkassen und Sparkassen auf Grund zusammengesuchter Belege oder sonstiger Ermitt-

lungen versucht, verlorengegangene Bücher inhaltlich wieder herzustellen. Es gelang dann auch bald, die öffentlichen Finanzquellen wieder zum Fließen zu bringen und damit die Voraussetzungen für die Tätigkeit der Behörden, namentlich der Städte und Gemeinden, zu schaffen. In einigen Kreishauptmannschaften konnten bereits für das Restjahr 1939/40 vorläufige Haushaltspläne aufgestellt werden.
Ein besonderes Problem stellte in den ersten Wochen der Tätigkeit der Kreishauptleute die Versorgung der Bevölkerung mit Le- [97] bensmitteln und sonstigen Gegenständen des täglichen Bedarfs dar. Einige Kreishauptleute führten bereits damals zur Vermeidung einer Hungersnot und der möglicherweise damit verbundenen Unruhen zwangsweise Ablieferungen von Getreide und anderen Lebensmitteln an provisorisch eingerichtete Erfassungsstellen durch. Nach einigen Wochen der Tätigkeit war die gefahrvolle Lage überwunden.
Nachdem auf diese Weise die vordringlichsten Arbeiten zur Normalisierung der Lebensverhältnisse und zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung geleistet worden waren, konnte nach und nach an einen ordnungsgemässen Verwaltungsaufbau und eine systematische Lösung der der öffentlichen Verwaltung gestellten Aufgaben herangetreten werden.
Die besondere Aufmerksamkeit der Kreishauptleute galt naturgemäss den in ihren Bezirken lebenden Volksdeutschen. Durch einen Sondereinsatz der NSV wurde die erste Not behoben. Die Deutschen wurden alsbald durch Ausgabe einer Kennkarte erfasst und in jeder nur möglichen Weise unterstützt. In den Städten konnten ihnen im Zuge der Ausschaltung des jüdischen Einflusses zahlreiche Ladengeschäfte zugewiesen werden. Auf dem flachen Lande wurden die durch den Krieg oder durch die Terrormaßnahmen der Polen entstandenen Schäden nach Möglichkeit ausgeglichen. So wurden notleidenden Bauern Pferde, Wagen und Geschirre kostenlos übereignet. In einigen Fällen wurde der Wiederaufbau zerstörter Gehöfte ermöglicht. Die Versorgung mit Nahrungsmitteln, Kohle, Bekleidungsgegenständen und Schuhwaren erfolgte für die Deutschen bevorzugt, ebenso die Vermittlung von Kunstdünger und hochwertigem Saatgut zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Erzeugung. Die durch mehrfache Pferdeaushebungen entstandenen schwierigen Verhältnisse auf landwirtschaftlichen Betrieben wurden durch eine besondere Ausgleichsaktion behoben. Hilfsbedürftige deutsche Volkszugehörige sowie die Angehörigen der zum Wehrdienst Einberufenen wurden laufend unterstützt, erholungsbedürftige Mütter und Kinder in das Müttererholungsheim in Rabka verschickt. Die deutschen Standesämter bei den Kreishauptleuten nahmen im Frühjahr 1940 ihre Arbeit auf, sie haben seitdem die üblichen Beurkundungen des Personenstandes vorgenommen. Nach den bisherigen Beurkundungen kann ein günstiges Verhältnis zwischen Geburten und Sterbefällen festgestellt werden.
Die im Osten des Distrikts lebenden Volksdeutschen wurden im Laufe des Jahres 1940 in das Reichsgebiet umgesiedelt. Die damit im [98] Zusammenhang stehenden wichtigen und umfangreichen Arbeiten der Umsiedlungskommissionen wurden von den Kreishauptleuten tatkräftig unterstützt.
Ein höchst bedeutungsvolles Problem, für das auch gegenwärtig noch gründliche Vorarbeiten geleistet werden, stellte die Behebung des Notstandes der volksdeutschen Bevölkerung dar. Die teilweise recht schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse, unter denen sich viele Volksdeutsche noch befinden, sind eine unselige Folge der Zersplitterung des bäuerlichen Grundbesitzes, vor allem der Erbteilung. Gerade die Deutschen hatten unter diesen Verhältnissen besonders zu leiden, da sie sich nur ungern aus der heimischen Dorfgemeinschaft zu lösen bereit fanden. Es gibt in deutschen Dörfern Besitzungen mit nur wenigen Morgen Land, die kaum ausreichen, um den erforderlichen Lebensunterhalt zu gewinnen. Eine Heilung der alten Schäden durch fürsorgerische Maßnahmen der Kreishauptleute ist zwar in weitem Umfange erfolgt, sie reichte aber nicht zu einer gründlichen Beseitigung des Notstandes aus. Eine durchgreifende Besserung wird erst dann zu erzielen sein, wenn durch Landzuteilung die Ertragsfläche so vermehrt wird, daß sie ein genügendes Auskommen gewährleistet.

Besonders schwierige Aufgaben wurden den Dienststellen der Kreishauptleute durch das Judentum gestellt. Vor dem Kriege waren in allen größeren Landstädten des Distrikts und auch in kleineren Handelsorten unverhältnismässig viel Juden ansässig. Sie machten in einigen Orten bis zu 50% und noch mehr der Gesamtbevölkerung aus und beherrschten den Handel sowie weite Gebiete des gewerblichen Wirtschaftslebens. Nach Abschluss der Kampfhandlungen hatte sich die Zahl der Juden durch Abwanderungen und Aussiedlungen aus den zum Reich gekommenen Ostgebieten noch beträchtlich erhöht.
Das jüdische Schieber- und Wuchererwesen wurde durch die Kreishauptleute und ihre Vollzugsorgane energisch bekämpft. Im Herbst 1939 wurden zunächst für große jüdische gewerbliche Betriebe und Fabriken Treuhänder eingesetzt. Dann wurde die Tätigkeit der Juden im Großhandel mit Getreide, Lebensmitteln aller Art und Vieh unterbunden; auch wurde begonnen, systematisch die Ladengeschäfte zu arisieren. Entsprechend den erlassenen Anordnungen wurden die Juden vor allen Dingen restlos aus dem Leder-, Textil- und Pelzhandel entfernt. Vorhandene Bestände wurden dabei von den neuen Geschäftsinhabern übernommen. In zahlreichen Fällen [99-102=Fotos] [103] konnte, namentlich durch die energische Tätigkeit der Gendarmerie, festgestellt werden, daß die Juden ganze Warenlager versteckt, eingemauert oder vergraben hatten; hier wurde mit scharfen Maßnahmen eingeschritten.
Durch die geradezu unvorstellbare Unsauberkeit der auf engstem Raum zusammenwohnenden Juden brach in zahlreichen Orten des Distrikts Fleckfieber aus. Bei der Bekämpfung dieser Seuche wurde das Judentum als ein durch seine Verschmutzung und Verlausung gemeingefährlicher Seuchenherd erkannt. Um für die Zukunft eine gesundheitliche Gefährdung durch das Judentum zu unterbinden, wurden nach und nach in einer größeren Anzahl von Gemeinden des Distrikts geschlossene jüdische Wohngebiete gebildet. Die Juden sind damit im wesentlichen aus dem Straßenbild der Landstädte im Distrikt verschwunden und unter eine ordnungsmässige straffe Aufsicht gestellt. Die im Westen des Distrikts ansässig gewesenen Juden konnten im Frühjahr 1941 in den in Warschau gebildeten jüdischen Wohnbezirk[1] übernommen werden. Seit dieser Zeit ist deshalb der Westen des Distrikts judenfrei.
Um die arbeitsfähigen Juden einer nutzbringenden Betätigung zuzuführen, wurden sie allenthalben entsprechend einer Verordnung des Generalgouverneurs zu Zwangsarbeiten herangezogen. Es wurden mit ihnen namentlich wasserwirtschaftliche Meliorations- und Regulierungsarbeiten, Arbeiten des Straßenbaus, der Straßenreinigung und der Freihaltung der Straßen von Schnee und Eis sowie Abbrucharbeiten in zerstörten Städten bewältigt. Dabei hat sich allerdings gezeigt, dass die Juden allgemein nicht in der Lage sind, einfachste körperliche Leistungen in einer vernünftigen und wirtschaftlich brauchbaren Weise zu erbringen. Die produktive Leistung eines polnischen Arbeiters steht im Durchschnitt weit über der des Juden.

Zur Verhütung der überall im Distrikt durch die Juden entstandenen Seuchengefahr wurden vom Gesundheitswesen umfangreiche Maßnahmen ergriffen. Die Maßnahmen sollten zugleich dazu dienen, den außerordentlich schlechten Gesundheitszustand der Bevölkerung, der bei zahlreichen Personen eine Untauglichkeit zum Arbeitseinsatz gezeitigt hatte.

[91] *Kreiskrankenhaus in Otwock (Kreishauptmannschaft Warschau-Land).*

zu heben. Die an zahlreichen Orten durch die Kriegsereignisse beschädigten Kreiskrankenhäuser wurden wieder hergestellt und mit neuem Inventar versehen. Darüber hinaus wurden in allen Kreishauptmannschaften in Zusammenarbeit mit dem [104]Distriktsarzt Seuchenkrankenhäuser eingerichtet und weiterer Krankenraum für Notfälle sowie Isolierhäuser zur Seuchenbekämpfung geschaffen. In vielen Orten des Distrikts wurden Badeanstalten mit Entlausungseinrichtungen geschaffen. Der gesamte Distrikt ist heute mit einem dichten Netz solcher Einrichtungen überzogen, damit zu jeder Zeit und in jedem Gebiet im Falle auftretender Seuchen sofort die notwendigsten Bekämpfungsmassnahmen durchgeführt werden können.

Die getroffenen Maßnahmen haben durch den Ostfeldzug gegen Sowjetrussland eine besondere Bedeutung erlangt. Es ist dadurch gewährleistet worden, daß das im Rücken der kämpfenden Truppe liegende Gebiet, das für den Nachschub und die Aufnahme verwundeter Soldaten von größter Bedeutung ist, seuchenfrei bleibt und dass keinerlei Gefährdung der Front in gesundheitlicher Hinsicht entstehen kann. Die getroffenen Maßnahmen haben sich ausgezeichnet bewährt.

Besondere Aufmerksamkeit widmeten die Kreishauptleute den Aufgaben der Ernährung. Zur Steigerung der Erzeugung waren laufend Belehrungen über ordnungsgemässe Feldbestellung, über die Verwendung von Kunstdünger und verbessertem Saatgut, über den Einsatz landwirtschaftlicher Maschinen, zweckmässige Hofwirtschaft und zahlreiche andere Maßnahmen notwendig. Für die großen Güter wurden eingehende Bestellungspläne aufgestellt, die die Großgrundbesitzer durchzuführen haben. Diese wurden häufig zu Versammlungen zusammengerufen, in denen sie Weisungen und Empfehlungen für die Bewirtschaftung ihrer Betriebe empfingen. Die Durchführung des Wirtschaftsplanes und anderer Anordnungen wurde laufend durch den Kreislandwirt und die ihm zugeteilten Bezirkslandwirte überwacht. Schlecht bewirtschaftete Betriebe wurden beschlagnahmt und der staatlichen Liegenschaftsverwaltung zugewiesen.



[92] *Seidenraupenzucht in Constancin (Kreishauptmannschaft Warschau-Land).*

Um die zahlreichen Bauernbetriebe zu einer modernen und zweckmäßigen Landbewirtschaftung anzuhalten, stehen dem Kreislandwirt neben den Bezirkslandwirten mehrere polnische Kreis- und Bezirksagronome sowie in jeder Gemeinde ein hauptamtlich tätiger Gemeindeagronom zur Verfügung. Die Agronome geben die Anordnungen und Ratschläge, die sie vom Kreislandwirt erhalten, laufend in Versammlungen an die Bauern bekannt, erläutern ihnen eingehend die Vorschriften und überwachen deren Durchführung. In einigen Kreishauptmannschaften wurde darüber hinaus in jeder [105] Gemeinde ein Gemeindevertrauensmann, in jedem Dorf ein Dorfvertrauensmann ausgewählt. Die Betriebe der

Vertrauensmänner werden unter finanzieller Förderung durch die Verwaltung des Gemeindeverbandes als Beispielwirtschaften eingerichtet und in besonderern Maße durch Kunstdünger- und Saatgetreidebelieferungen bevorzugt. Die Bauern der Dörfer können auf den Beispielwirtschaften ihrer Vertrauensmänner praktisch die Erfolge sehen, die durch die empfohlenen Maßnahmen zu erreichen sind. Die Vertrauensmänner haben demgemäss die Bauern ihrer Dörfer zusammenzurufen und sie über die Art ihrer Bewirtschaftung und die dadurch erreichte Steigerung der Erzeugung zu belehren. Es kann festgestellt werden, daß polnischen Bauern, die sehr misstrauisch und Neuerungen gegenüber ablehnend sind, sich durch die ihnen praktisch an Hand von Beispielen gegebenen Unterweisungen überzeugen lassen und nun ihrerseits bestrebt sind, in gleicher Weise das vorgeschriebene Ziel zu erreichen. Als Erfolg der Belehrungen kann namentlich verzeichnet werden, daß die Nachfrage nach Kunstdünger, dessen Anwendung früher in Polen gering war, und nach verbessertem Saatgut so angestiegen ist, daß nur ein Teil der Interessenten laufend beliefert werden kann. Auch landwirtschaftliche Maschinen konnten in großem Umfange den Betrieben im Distrikt vermittelt werden. Auf zahlreichen größeren Gütern laufen heute modernste Lanztraktoren.
Auch zur Förderung der Tierzucht haben die Ämter für Ernährung und Landwirtschaft der Kreishauptmannschaften nennenswerte Maßnahmen ergriffen. So wurde hochwertiges Zuchtvieh aus dem Reich eingeführt und an die Gutsbesitzer und Bauern verkauft. Die der Steigerung der Erzeugung dienenden Maßnahmen auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft wurden in den Kreishauptmannschaften durch die Wasserwirtschaftsinspekteure durchgeführt. Ihre Arbeiten zur Verbesserung der Flußläufe und zur Entwässerung der zu sehr unter hohem Wasserstand leidenden Landflächen werden dauernd durch die Kreishauptleute gefördert und unterstützt. Die Leistungen der Wasserwirtschaftsinspekteure sind im Rahmen der Gesamttätigkeit der Kreishauptmannschaften sehr beachtlich. Die Inspekteure, die zumeist als einzige deutsche Beamte in ihrem fachlichen Arbeitsbereich tätig sind, haben durch Tatkraft und Unternehmungsgeist, durch Überwachung der Baustellen und der ihnen unterstellten polnischen Wasserwirtschaftsämter die schwierigsten Verhältnisse überwunden und nennenswerte Arbeitsergebnisse erzielt.
[106] Um sicherzustellen, daß die landwirtschaftlichen Produkte in geordneter Weise an die Verbraucher gelangen, wurden sie durch das Amt für Ernährung und Landwirtschaft erfasst, d. h. an verschiedenen Ablieferungsstellen zur Ablieferung gebracht. Es wurden von der Kreishauptmannschaft für die Erzeugnisse, die abgeliefert wer; den müssen, Ablieferungskontingente auf die Gemeinden oder Dörfer umgelegt, die sie nun ihrerseits den Bauern bekanntgeben. Die Bauern erhalten für bestimmte Menge abgelieferter Erzeugnisse neben der ordnungsmässigen Bezahlung sogenannte Prämienscheine,[2] die sie zum Bezug von Textilien, Eisen, Lederwaren, Petroleum, Wodka und dergleichen berechtigen. Da die Bauern die vorgenannten Bedarfsgegenstände im freien Handel und ohne Bezugschein nicht erhalten können, besteht ein großer Anreiz für sie, ihre Erzeugnisse den ergangenen Anordnungen entsprechend abzuliefern. Mit dem Prämienscheinverfahren wendet die deutsche Verwaltung praktisch eine Art Tauschsystem an und beschreitet damit den Weg alter kolonisatorischer Erfahrungen.
Die Bauern kommen ihren Ablieferungsverpflichtungen in der Regel pünktlich und vollständig nach. Die wenigen Widerwilligen werden durch Bestrafung und Einweisung in ein Arbeitslager zur Folgsamkeit gezwungen. In Dörfern, die mit der Ablieferung von Getreide wesentlich im Rückstand sind, weil die Bauern das Getreide noch nicht ausgedroschen haben, wird unter Einsatz des Sonderdienstes ein zwangsweiser Ausdrusch durchgeführt. Das Auftauchen des Sonderdienstes mit der Dreschmaschine hat in den meisten Fällen genügt, die Bauern zu einem sofortigen Ausdrusch, der oft auch über Nacht fortgesetzt worden ist, zu veranlassen.
Zur Einlagerung der abgelieferten Vorräte wurden von der "Landwirtschaftlichen Zweigstelle" unter nennenswerter Unterstützung der Kreishauptleute Lagerhäuser eingerichtet und

verschiedentlich neu gebaut. Weiterhin wurden unter massgebender Mitwirkung der Kreishauptmannschaften Molkereien neu geschaffen oder wieder in Betrieb gesetzt und neuzeitlich gestaltet. Die Gesamtablieferungen an Milch und Erzeugung von Butter bewegen sich infolgedessen ganz allgemein in ansteigender Linie.
Die Verteilung der Lebensmittel an die Bevölkerung entsprechend der ihr auf Grund der Lebensmittelkarten zustehenden Menge konnte in allen Kreishauptmannschaften ordnungsgemäss [107-110=Fotos] [111] durchgeführt werden. Wenn auch die Versorgung namentlich im Umgebungsgebiet der Stadt Warschau manche Störung erlitt, so gelang es doch immer wieder, die entstandenen Schwierigkeiten zu beheben.
Auf dem Gebiet der Wirtschaft bestand die Aufgabe der Kreishauptleute zunächst darin, die vorhandenen Industrieanlagen und gewerblichen Betriebe in Tätigkeit zu bringen. Die Schwierigkeiten bei der Instandsetzung der Industrien waren wegen der Rohstoffbeschaffung außerordentlich groß. Es ist dennoch bei den meisten Fabriken gelungen, eine Aufnahme der Produktion herbeizuführen. Manche Fabriken mußten zwar später vorübergehend ihre Tore schließen, konnten dann aber zumeist nach Beseitigung der eingetretenen Erschwerung den Betrieb fortsetzen. Die in jüdischen Händen befindlichen industriellen Unternehmungen wurden beschlagnahmt. Auch die handwerklichen Betriebe konnten zumeist ihre Tätigkeit wieder aufnehmen. Namentlich in den Städten Sokolow und Wengrow, die vor dem Kriege ausgesprochene Handwerksstädte des Kürschner-, Schuhmacher- und Tischlereigewerbes waren, wurden durch die Initiative des dortigen Kreishauptmanns umfangreiche Werkstätten in Betrieb gesetzt, die zum Teil schon Ansprüche über das Gebiet der Kreishauptmannschaft hinaus befriedigen können.
Dem Amt für Wirtschaft der Kreishauptmannschaft oblag weiter die Verteilung der lebenswichtigen Güter, insbesondere der Textilien, des Leders, der Eisenwaren, der Kohlen und sonstiger Gegenstände. Besondere Sorge machte in den vergangenen Wintern auf dem flachen Lande die Kohlenversorgung, die wegen der ungünstigen Verkehrsverhältnisse nicht überall in der gewünschten Weise durchgeführt werden konnte. Soweit möglich, ist deshalb in den Kreishauptmannschaften zur Linderung des Brennstoffmangels in nennenswertem Umfang Torf gewonnen worden.
Auch die Aufgaben der Preisbildung und Preisüberwachung wurden entsprechend den erlassenen Richtlinien tatkräftig durchgeführt. Überschreitungen der Höchstpreise und sonstige Verstöße gegen die Preisbildungsvorschriften wurden im Ordnungsstrafverfahren geahndet. Zur Bekämpfung des Schleichhandels, unter dem die in dem Umgebungsgebiet der Stadt Warschau liegenden Kreishauptmannschaften stark zu leiden hatten und der die Maßnahmen der Ernteerfassung empfindlich störte, wurden Gendarmerie und Sonderdienst in starkem Masse herangezogen. Bei Tag und Nacht [112] durchgeführte Kontrollen an den Bahnhöfen und den Hauptverkehrsstraßen brachten laufend gute Erfolge.
Besondere Aufgaben traten an die Kreishauptleute ferner auf dem Gebiet des Verkehrswesens heran. Durch die bei ihren Dienststellen eingerichteten Straßenverkehrsämter wurden nicht nur die Kraftfahrzeuge erfasst und einer den Verhältnissen des Krieges entsprechenden Benutzung zugeführt, sondern darüber hinaus auch Gespanne in sehr beachtlicher Zahl für die verschiedensten Zwecke zur Verfügung gestellt. Für das flache Land ist das Gespann nach wie vor ein Haupttransportmittel, das namentlich im Winter und auf den abseits der großen Verkehrsstraßen verlaufenden Wegen immer zuverlässig ist. Gespanne wurden beordert für den Bau von Straßen, der vor allen Dingen im Ostteil des Distrikts zur Herstellung der großen staatlichen Durchgangsstraßen von hervorragender Bedeutung war, zur Abfuhr des durch die Forstaufsichtsämter veranlassten Holzeinschlages sowie zu zahllosen Transporten für die Wehrmacht während ihres Aufmarsches an der deutsch-sowjetischen Grenze. Der Gespanndienstbedarf war im Osten des Distrikts gerade während dieser Zeit so außerordentlich groß, daß in einigen Kreishauptmannschaften seinerzeit täglich bis zu 8 000 Gespanne gestellt werden mußten. Alle Anforderungen konnten die zuständigen Kreishauptleute erfüllen. Daß es trotz dieser ungeheuren Belas-

tung der bäuerlichen Fuhrwerksbesitzer gelang, zur gleichen Zeit die Frühjahrsbestellung ordnungsmässig und ohne nennenswerte Verspätung durchzuführen, ist eine höchst beachtliche Leistung.
Die Kreishauptleute hatten auf dem Gebiete des Verkehrswesens als Verkehrspolizeibehörden weiter darüber zu wachen, daß während der Wintermonate alle wichtigen Straßenzüge dauernd von Schnee und Eis freigehalten wurden und damit für den Durchgangsverkehr ununterbrochen befahrbar blieben. Es gab Tage, namentlich während des strengen Winters 1941/42, an denen an einem einzigen Straßenstück von wenigen Kilometern allein über 1 000 Menschen an der Beseitigung meterhoher Schneeverwehungen arbeiteten. Stockungen in dem für die Ostfront so entscheidend wichtigen Durchgangsverkehr durch das Generalgouvernement sind an keiner Stelle eingetreten.



[66] *Neubau einer Strasse bei Warschau.*

Zum Bau der Kreisstraßen und zur Überwachung des Straßenbaues der Gemeinden stand und steht den Kreishauptleuten ein kreiskommunales Straßenbauamt zur Verfügung. Die Strassenbauämter haben unter Aufsicht der Kreishauptleute in den vergangenen [113] Jahren beachtliche Leistungen vollbracht. Zur Beseitigung der Kriegsschäden wurden wichtige Straßenzüge ausgebessert und zahlreiche Brücken mit Längen bis über 100 m neu aufgebaut. Darüber hinaus sind in allen Kreishauptmannschaften nennenswerte Unterhaltungs- und Verbesserungsarbeiten an den vorhandenen



[66] *Strassenbau im Distrikt Warschau.*

Kreisstraßen durchgeführt worden sowie Straßenneubauten in beachtlichem Umfange erfolgt. Zur Durchführung der Straßenneubauten und Straßenausbesserungen leisteten die polnischen Bewohner Arbeiten als "Scharwerker", d. h. unentgeltlich auf Grund einer bestehenden öffentlichen Verpflichtung. Die Scharwerksleistungen brachten in einer einzigen Kreishauptmannschaft allein in 2 Jahren für den Straßenbau solchen Erfolg, daß ihr Wert mit einem Betrage von 1 400 000 Zloty angesetzt werden kann.



[109] *Deutsche Schule in Sokolow.*

Nach Aufnahme der Verwaltung galten bald die besonderen Bemühungen der Kreishauptleute der Errichtung deutscher Schulen. Es konnten schon Anfang des Jahres 1940 in mehreren Kreishauptmannschaften deutsche Schulen in Betrieb genommen werden. Da die Volksdeutschen zum Teil sehr zerstreut auf dem Lande wohnen, war es zunächst nicht möglich, alle deutschen Kinder in den vorhandenen Schulen zu erfassen. In der Stadt Lowitsch wurde daher in Verbindung mit der dortigen Schule ein Schülerheim einge richtet,



[118] *Deutsche Schule in Lowitsch.*

in dem zunächst durchschnittlich 100 Schüler Unterkunft und Verpflegung erhalten. Es konnten dadurch zahlreiche deutsche Kinder aus den Streusiedlungen einem geordneten Schulunterricht zugeführt werden. Die Maßnahme war deshalb von besonderer Bedeutung, weil gerade die deutschen Kinder in den Streusiedlungen, da sie tagtäglich Umgang mit polnischen Kindern haben, kaum die deutsche Sprache beherrschten. Ein erfreulicher Erfolg des Schülerheimes ist es, daß nun gerade diese Jungen und Mädel eine sie zum deutschen Volkstum wieder hinführende Erziehung erfahren können.
Außer der Überwachung des deutschen Schulwesens oblag und obliegt dem Kreisschulrat in der Behörde des Kreishauptmanns die Aufsicht über das polnische Schulwesen. Er wird dabei von einem oder mehreren polnischen Schulinspektoren unterstützt. Eine besondere Förderung haben durch die Kreishauptleute die polnischen Fachschulen, Handelsschulen und Handwerksschulen sowie die landwirtschaftlichen Berufsschulen erfahren, da diese Schulen dazu dienen, tüchtige Fachkräfte, an denen laufend Bedarf ist, und gute Landwirte heranzubilden.
[114] Die den Dienststellen der Kreishauptleute angegliederten Arbeitsämter haben allgemein in erfolgreicher Weise die Werbung von Landarbeitern und Facharbeitern für das Reich durchführen können. Darüber hinaus haben sie laufend Arbeitskräfte für größere Betriebe und umfangreiche sonstige Maßnahmen vermittelt. Sie haben dabei vor allem dazu beigetragen, dass die großen von der Wehrmacht, der Ostbahn und den Straßenbaudienststellen in Angriff genommenen Bauvorhaben ordnungsgemäss und in der vorgese-

henen Zeit durchgeführt werden konnten.
Die Aufsicht über die staatlichen, nur mit Polen besetzten Steuerämter wurde durch den Dienststellen der Kreishauptleute angegliederte Finanzinspekteure ausgeübt. Den Finanzinspekteuren ist es gelungen, trotz erheblicher Anfangsschwierigkeiten einen regelmässigen Einzug der fälligen Steuern sowie eine verstärkte Beitreibung alter Steuerrückstände herbeizuführen und damit wesentlich zur Schaffung einer gesunden Finanzlage des Generalgouvernements beizutragen.



Kasinogebäude in Garwolin (vor dem Umbau).
[94]
Kasinogebäude in Garwolin
(nach dem im Jahre 1941 erfolgten Umbau).



Die Kreishauptleute waren ferner von Anfang an bestrebt, neben der hygienischen und sanitären Verbesserung der Verhältnisse auch das äussere Bild der Kreisstädte zu verbessern. Gebäude, deren Zustand eine Gefährdung in gesundheitlicher Hinsicht befürchten liess, namentlich solche in Hinterhöfen, wurden niedergerissen. An anderen Gebäuden wurde vielfach hässlicher Zierat entfernt und der Schrottsammlung zugeführt. Die Kreishauptleute in den am meisten zerstörten Städten Garwolin und Sochaczew führten großzügige Abbruch- und Aufräumungsarbeiten durch und schufen damit die Voraussetzung für einen geordneten Wiederaufbau der Städte. Zur Unterbringung der obdachlosen Bevölkerung, die zunächst für die Verwaltung eine große Belastung darstellte, wurde in Garwolin ein Aufbau einfacher Behausungen aus alten Ziegelsteinen und Brettern ermöglicht. Für wichtigere Orte wurden Aufbaupläne festgelegt oder Planungen für die Errichtung deutscher Stadtteile oder deutscher Siedlungen aufgestellt.[3]



[117] *Gefolgschaftsheim*
des Kreishauptmanns in Lowitsch.

Für alle Kreishauptleute war es eine selbstverständliche Pflicht, ihrer Gefolgschaft und den übrigen in ihrem Gebiet tätigen Deutschen, die an einigen Orten zunächst die primitivsten Verhältnisse vorfanden, Wohnungen zu schaffen, die wenigstens bescheidenen Kulturansprüchen genügten. Die Kreishauptleute haben auch ihre [115-118=Fotos] [119]zunächst behelfsmässig eingerichteten Dienststellen umgebaut und in einen solchen Zustand gebracht, daß sie deutschen Menschen nunmehr einen zumutbaren Arbeitsplatz bieten.



[115] *"Deutsches Haus" in Minsk - Durchblick vom Speiseraum in den Festsaal.*

Die Kreishauptleute haben weiter zur Einnahme der täglichen Mahlzeiten und zum geselligen Beisammensein Kameradschaftsheime, die zumeist den Namen "Deutsches Haus" führen, eingerichtet. Neben einem oder mehreren großen Speiseräumen, einer Bier- oder Bauernstube enthalten diese Häuser vielfach auch noch Spielzimmer, gemütliche Sitzecken, Musikräume und dergleichen. Auch wurden von einigen Kreishauptleuten deutsche Gaststätten eingerichtet oder deren Einrichtung wesentlich unterstützt. Heute sind in fast allen Kreishauptmannschaften



[107] *Gefolgschaftsheim*
des Kreishauptmanns in Grojec.

Wohnungen den Bedürfnissen deutscher Wohnkultur entsprechend geschaffen und mit soliden Möbeln ausgestattet. Zur Sicherstellung einer gesundheitlich einwandfreien Was-

serversorgung wurden in Grojec und Sokolow für die deutschen Wohnungen eigene kleine Wasserwerke gebaut und in Grojec noch durch eine zentrale Warmwasserzubereitungsanlage ergänzt. In Siedlce wurden für das städtische Wasserwerk neue Brunnen gebaut und das Elektrizitätswerk überholt und modernisiert. Die Wohnungen der Deutschen sind, soweit es möglich war, ihrer Lage nach so



[102] *Speisesaal im Kasino des Kreishauptmanns in Grojec.*

ausgewählt, dass sie in einem Stadtteil, der von einigen Kreishauptleuten bereits zum deutschen Wohnbezirk erklärt worden ist, zusammenliegen.

Bei der Schaffung der Gemeinschaftsräume und der Herrichtung und Ausstattung der Wohnungen haben die Kreishauptleute bedeutende Schwierigkeiten überwinden müssen. In den polnischen Landstädten sind keine Architekten vorhanden, die nach deutschem Geschmack Entwürfe schaffen können, und keine Handwerker, die in deutschem Stil Möbel und dergleichen anzufertigen vermögen. Manche Kreishauptleute haben daher immer wieder persönlich



[110] *Gefolgschaftsheim der Kreishauptmannschaft Sokolow.*

Entwürfe für bauliche Maßnahmen und Gegenstände der Inneneinrichtung machen müssen. Es war mitunter sogar notwendig, Möbelstücke bis in die Details selbst zu entwerfen und deren Ausführung durch einen polnischen Tischler persönlich zu überwachen. Dass es unter diesen Verhältnissen gelungen ist, Kameradschaftsheime und Wohnungen zu schaffen, die den Eindruck echter deutscher Kultur vermitteln, erfüllt alle Kreishauptleute mit Befriedigung. Es spricht für das Werk, wenn ein einfacher Soldat beim Betreten eines der Kasinogebäude sagen konnte: "Wenn ich durch das Tor dieses Hauses trete, dann bin ich in Deutschland".



Dienstgebäude des Kreishauptmanns in Garwolin.
[93]
Speisesaal im Kasino
der Kreishauptmannschaft Garwolin.



[120] Außer der Gestaltung einer deutschen Umgebung für die Angehörigen der Gefolgschaft waren die Kreishauptleute bestrebt, auch Einrichtungen für die geistige Betreuung der Deutschen zu schaffen. So wurden in allen Kreisstädten Lichtspielhäuser, in denen deutsche Filme gezeigt werden, eröffnet. An Orten, in denen es sich ermöglichen lässt, treten in regelmässiger Folge Künstlertruppen auf, die zur Betreuung der Deutschen Rundreisen durch das Generalgouvernement unternehmen. In Siedlce und Lowitsch konnten auf Grund der Maßnahmen der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht in der Regierung des Generalgouvernements größere deutsche Volksbüchereien durch die Kreishauptleute eingerichtet und ihrer Bestimmung übergeben werden. Die Aufstellung weiterer Büchereien in anderen Städten des Distrikts ist in Vorbereitung.

Auch für die körperliche Ertüchtigung und eine Erholung in frischer Luft und freier Natur haben die Kreishauptleute für ihr



[110] *Saunabad in Sokolow.*

Gefolgschaft Sorge getragen. So wurden z. B. in Sokolow ein Schwimmbecken und eine finnische Sauna gebaut. Der Sport wird in den von den Kreishauptleuten ins Leben gerufenen Sportgemeinschaften ausgeübt. Besonderer Beliebtheit erfreut sich das Reiten.
Diese vielseitigen Verwaltungsaufgaben sind in den Kreishauptmannschaften des Distrikts

überall unter nennenswerten Schwierigkeiten mit einer nur kleinen Zahl reichsdeutscher Mitarbeiter durchgeführt worden. Wenn trotzdem so große Leistungen erzielt worden sind, so war dies nur durch den rücksichtslosen Einsatz der ganzen Person und durch die erhöhte Anspannung aller Kräfte der Kreishauptleute und ihrer Mitarbeiter möglich.



[1]Vgl. den Sonderartikel **"Die Juden im Distrikt Warschau"**. ...zurück...

[2]Vgl. hierzu auch den Artikel **"Marktordnung und Lebensmittelbewirtschaftung"**



Aufbau der Rechtspflege

Durch die kriegerischen Ereignisse im September 1939 war ein völliger Stillstand in der Rechtspflege eingetreten, der auch nach Beendigung der militärischen Ereignisse zunächst noch anhielt.
Die Regierung des Generalgouvernements hielt es für eine ihrer vornehmsten Pflichten, diese Rechtsunsicherheit zu beseitigen und wieder geordnete Rechtszustände zu schaffen. In der Hauptsache handelte es sich hierbei um zwei große Aufgabengebiete: Die Schaffung einer deutschen Gerichtsbarkeit und die Wiederingangsetzung der früheren polnischen Gerichtsbarkeit.



1. Einführung der deutschen Gerichtsbarkeit

Der staatsrechtliche Wandel der Stellung des Generalgouvernements im Verhältnis zur früheren Republik Polen kommt am besten dadurch auch nach aussen zum Ausdruck, daß seit Bestehen des Generalgouvernements auf dem Gebiet der früheren Republik Polen eine deutsche Gerichtsbarkeit errichtet worden ist. Die Einführung dieser deutschen Gerichtsbarkeit war aus mehreren Gründen eine staatspolitische Notwendigkeit.
Zunächst galt es, für die Volksdeutschen des Generalgouvernements wieder geordnete Rechtsverhältnisse zu schaffen.
Was die **Volksdeutschen im früheren polnischen Staat erduldet und erlitten haben**, ist allgemein bekannt. Die Zahl von **58 000 ermordeten Volksdeutschen**besagt mehr als die längste Schilderung aller ihrer Leiden. Nicht aber ist überall bekannt, dass die Angehörigen des deutschen Volkstums früher **gerade auf dem Gebiet der Rechtspflege so gut wie rechtlos** gewesen sind. Mit diesen Zuständen musste endlich aufgeräumt werden. Die Angehörigen des deutschen Volkstums, die sich in der früheren Republik Polen treu zu ihrem Deutschtum bekannt haben, haben einen berechtigten An- [122] spruch darauf, als Deutsche von deutschen Richtern nach deutschem Recht beurteilt zu werden.
Aus diesen Gründen wurde für die Angehörigen des deutschen Volkstums die deutsche Gerichtsbarkeit im Generalgouvernement eingeführt.
Der Aufbau der deutschen Gerichtsbarkeit ist sehr einfach: In der ersten Instanz entscheiden die deutschen Gerichte und in der zweiten Instanz die deutschen Obergerichte. Im Distrikt Warschau gibt es je ein deutsches Gericht in Warschau und in Zyrardow sowie ein deutsches Obergericht in Warschau.
Daneben aber war die Schaffung einer deutschen Gerichtsbarkeit erforderlich, um die Beachtung der neuen Gesetze durch die gesamte Bevölkerung des Generalgouvernements zu überwachen.
Weite Kreise der polnischen Bevölkerung versuchten nach Beendigung der militärischen Ereignisse mit illegalen Mitteln gegen die deutschen Behörden zu arbeiten. Insbesondere

wurden zahlreiche Verordnungen des Generalgouverneurs und Anordnungen der einzelnen Gouverneure, durch die die Ruhe und Ordnung im Generalgouvernement wiederhergestellt werden sollten, anfangs von weiten Kreisen sabotiert. Es war die selbstverständliche Pflicht der deutschen Zivilverwaltung, mit aller Schärfe dafür zu sorgen, dass die von ihr erlassenen gesetzlichen Anordnungen respektiert wurden und dass jeder polnische Rechtsbrecher, der diese gesetzlichen Bestimmungen übertrat, strafrechtlich zur Verantwortung gezogen wurde.
Es liegt in der Natur der Sache, daß die Aburteilung derartiger Straftaten nicht polnischen Strafrichtern anvertraut werden konnte. Diese Aufgabe konnte nur von deutschen Gerichten erfüllt werden. Aus diesem Grunde kam es zur Schaffung der deutschen Sondergerichte im Generalgouvernement.
Die Rechtsprechung der deutschen Sondergerichte im Generalgouvernement und insbesondere des Sondergerichts in Warschau ist in der Auslandspresse oftmals Gegenstand schärfster Kritik gewesen, da angeblich von diesen Sondergerichten am laufenden Band Todesurteile verhängt wurden. Es handelt sich hierbei um eine bewusste Greuellüge einer feindlichen Auslandspropaganda, die durch die Tatsachen widerlegt wird; denn in den Zehntausenden von Strafprozessen, die durch die Hände der Anklagebehörde des Warschauer Sondergerichts gegangen sind, sind in den 2½ Jahren des Bestehens [123] des Generalgouvernements bis zum 1. 4. 1942 nur 149 Todesurteile von sämtlichen Kammern des Sondergerichts Warschau verhängt worden. Dabei hat es sich fast durchweg um Verbrecher gehandelt, deren Beseitigung gerade auch im Interesse der polnischen Bevölkerung lag, weil es Angehörige von Banden waren, die in den Anfängen des Generalgouvernements auf den Landstraßen die öffentliche Sicherheit gefährdeten oder weil es sich um Volksschädlinge handelte, die durch eine bewusste Sabotage der Schleichhandelsbekämpfung die Allgemeinheit aufs schwerste geschädigt haben, oder weil es Juden gewesen sind, die entgegen den gesetzlichen Bestimmungen die ihnen zugewiesenen jüdischen Wohnbezirke verlassen und dadurch zur Verbreitung des Fleckfiebers beigetragen haben.
Gewiss wird gegen jeden Rechtsbrecher mit der Schärfe des Gesetzes vorgegangen, aber diese Schärfe trifft eben nur denjenigen, der bewusst die bestehende Ordnung sabotiert hat.
Wer loyal die deutsche Aufbauarbeit achtet und unterstützt, erfreut sich in jeder Hinsicht eines weitgehenden Rechtsschutzes.



2. Die polnische Gerichtsbarkeit

Dieser weitgehende Rechtsschutz für jeden Angehörigen des Generalgouvernements und demnach auch des Distrikts Warschau ist dadurch herbeigeführt worden, daß die polnische Gerichtsbarkeit in der schnellsten Weise wieder in Gang gesetzt worden ist.
In kurzer Zeit konnten die 25 Burggerichte des Distrikts Warschau, die etwa den deutschen Amtsgerichten entsprechen, ihre Tätigkeit aufnehmen. Ebenso schnell wurden die beiden Bezirksgerichte in Warschau und Siedlce, die etwa die Bedeutung deutscher Landgerichte haben, wieder in Gang gesetzt. Auch die 3. Instanz der polnischen Gerichtsbarkeit, das Appellationsgericht Warschau, wurde als jetzt höchste polnische Instanz wieder eröffnet. Lediglich der frühere Oberste Gerichtshof in Warschau, der etwa unserem Reichsgericht entsprach, wurde liquidiert, da diese Einrichtung mit dem Verschwinden der früheren Republik Polen ihre Existenzberechtigung verloren hatte.

[124] Die polnischen Richter sprechen auch heute noch nach polnischem Recht ihre Urteile. Es ist dies in weitesten Kreisen nicht bekannt, da immer angenommen wird, dass die polnische Gerichtsbarkeit beseitigt worden ist. Hiervon ist mit voller Absicht Abstand genommen worden; denn wenn das Generalgouvernement die "Heimstätte der Polen" sein soll, ist es auch selbstverständlich, daß die Polen, soweit es sich um rein polnische Prozesse handelt, nach ihrem eigenen Recht von eigenen Richtern beurteilt werden.
Kein polnischer Richter wird ernstlich behaupten, daß er in seiner Rechtsprechung irgendwie unfrei sei, da lediglich eine deutsche Oberaufsicht vorhanden ist, die nur in den seltensten Fällen zum Eingreifen Anlass gehabt hat. Seit Bestehen des Generalgouvernements sind im Distrikt Warschau, obwohl in dieser Zeit hunderttausende Rechtsstreitigkeiten vor polnischen Gerichten entschieden worden sind, nur vier Urteile polnischer Richter im Wege des Nachprüfungsverfahrens von der deutschen Aufsichtsbehörde überprüft worden. Diese Zahlen sind der beste Beweis dafür, dass auch heute noch die polnische Gerichtsbarkeit frei und unbeeinflusst nach polnischen Gesetzen Recht sprechen kann.
Von besonderer Bedeutung war bei der Wiederingangsetzung der polnischen Justiz die Überprüfung der polnischen Rechtswahrer.
Von den Richtern und Staatsanwälten wurde eine Treue- und Gehorsamserklärung verlangt, die folgenden Wortlaut hatte: "Ich erkläre, daß ich in Gehorsam gegenüber der deutschen Verwaltung meinen Dienst in der Rechtspflege treu und gewissenhaft erfüllen werde". Sämtliche polnischen Richter und Staatsanwälte sowie die Strafvollzugsbeamten, Gerichtsdiener und Bürobeamten haben diese Gehorsamserklärung abgegeben und entsprechend dieser Erklärung loyal ihre Pflicht getan.
Bei der Überprüfung der polnischen Rechtswahrer wurde in besonderer Weise die polnische Advokatur einer Nachprüfung unterzogen. Hier kam es im Gegensatz zu den Richtern und Staatsanwälten zu einer gründlichen Reorganisation, da die Verhältnisse der Warschauer Advokatur in keiner Weise den deutschen Rechtswahrerbegriffen entsprachen. Fast 50% aller im Distrikt Warschau damals tätigen polnischen Advokaten waren Juden, die mit ihrem entsprechenden jüdischen Benehmen das Ansehen der polnischen Advokatur aufs schwerste untergraben hatten.
[125] Dazu kam, dass in der früheren polnischen Advokatur, wie die Durchsicht der Disziplinarsachen ergab, berufliche Verfehlungen vorgekommen waren, die nach Art und Umfang für deutsche Rechtsbegriffe unvorstellbar waren.
Die wichtigste Maßnahme zur Beseitigung dieser Mißstände war der sofortige Ausschluss aller Juden. Insgesamt sind aus der früheren Warschauer Anwaltskammer 1 131 jüdische Advokaten ausgeschlossen worden. Damit ist die Warschauer Advokatur judenrein.
Mit diesem Ausschluss der Juden ist ein altes Ziel des früheren polnischen Advokatenverbandes in Erfüllung gegangen. Die besten Vertreter der früheren polnischen Advokatur, in der gerade mit Rücksicht auf die Verjudung bei den arischen polnischen Advokaten auffallend starker Antisemitismus geherrscht hatte, hatten jahrzehntelang für diese Beseitigung der Juden aus der Advokatur gekämpft, ohne natürlich angesichts der politischen Verhältnisse in der früheren Republik Polen ihr Ziel zu erreichen. Der Ausschluss der Juden ist deshalb auch von der überwiegenden Mehrheit der polnischen Advokaten mit Dank begrüßt worden. Dies konnte bei einer Befragung aller polnischen Advokaten eindeutig festgestellt werden, da fast 90% aller polnischen Advokaten sich ausdrücklich bei dieser Befragung für den Ausschluss der Juden ausgesprochen haben.
Neben dieser Säuberung von jüdischen Elementen erfolgte eine weitere Reinigung der Advokatenkammer von beruflich nicht einwandfreien Advokaten, die durch ihre disziplinarischen Verfehlungen gezeigt haben, daß sie nicht würdig sind, an der Rechtspflege mitzuarbeiten.
Hierbei haben die Selbstverwaltungskörper der polnischen Advokatur außerordentlich stark mitgewirkt. Insbesondere hat das Disziplinargericht der Warschauer Advokatenkammer durch eine strenge Rechtsprechung dafür gesorgt, daß die sehr laxen Auffassungen

aus der Zeit der früheren Republik Polen nach und nach einer strengeren Berufsauffassung gewichen sind.
Überhaupt kann festgestellt werden, daß auf dem Gebiet der Rechtspflege durch eine sachliche Arbeit ausserordentlich viel Gutes erreicht worden ist. Der kommissarische Anwaltsrat, der an der Spitze der polnischen Advokatenkammer Warschau steht, hat sich stets in sehr energischer Weise für eine Besserung in der berufsethischen Haltung der polnischen Advokaten eingesetzt, wobei er die [126]weitgehende Unterstützung der deutschen Dienstaufsicht gefunden hat.
Auf dem Gebiet der Rechtspflege ist durch eine dreijährige Arbeit erreicht worden, daß alle beteiligten polnischen Rechtswahrer von sich aus für eine Besserung in der Haltung des Rechtswahrertums eingetreten sind und dass dies geschehen ist, ohne dass seitens der deutschen Justiz mit drakonischen Maßnahmen vorgegangen werden mußte. Eine strenge, aber stets gerechte Dienstaufsicht über die Maßnahmen der polnischen Justiz, die im übrigen frei und unabhängig nach eigenen Gesetzen arbeiten konnte, reichte vollkommen aus, um eine ordnungsmässige Rechtspflege zu schaffen.



Bei diesem Kapitel möchten wir noch einmal ganz besonders auf unseren *Standpunkt zur Zensur* hinweisen.

[127]

Die Volksgruppen im Distrikt Warschau
1. Die Behandlung der Volksgruppen früher und jetzt

Der frühere polnische Staat war kein ausgesprochener Volksstaat, vielmehr lebten neben einer deutschen Volksgruppe auf seinem Gebiet zahlreiche Volksgruppen: Polen, Ukrainer, Weißrussen, Großrussen, Tschechen und Juden.
Der Anteil der echten polnischen Volksgruppe hat dabei nach sorgfältigen Untersuchungen nur 59,3%, d. h. noch nicht einmal zwei Drittel der gesamten Bevölkerung ausgemacht. Selbst die amtliche polnische Statistik gab den Anteil der polnischen Volksgruppe mit nur 69,2% an.
Diese Zahlen zeigen am besten, wie unsinnig die polnische Propaganda vom "polnischen Lebensraum" gewesen ist. Dabei war es das Bestreben der polnischen Nationalisten, über dieses frühere Staatsgebiet hinaus noch weitere Gebiete der Republik Polen einzuverleiben. Die Forderung *"Polska od morza do morza"* - "Polen von Meer zu Meer" - bedeutete die Schaffung eines polnischen Raumes von der Ostsee im Norden bis zum Schwarzen Meer im Süden, von der Oder im Westen bis zum Dnjepr im Osten. Mit einem polnischen Raum, in dem ein ausgesprochen polnisches Volkstum lebt, hatten diese größenwahnsinnigen Ideen nichts zu tun.
Dafür hat der frühere polnische Staat alles getan, um die auf seinem Staatsgebiet lebenden nichtpolnischen Volksgruppen weitgehend zu polonisieren oder, wenn dies nicht gelang, zu unterdrücken. Irgendeine besondere Pflege haben die einzelnen Volksgruppen nicht erfahren. Vielmehr war das polnische Zwischenreich von 1919-1939 eine ausgesprochene Zwingburg, in der insbesondere die deutschen und ukrainischen Volksgruppen mehr oder weniger entrechtet waren.
Das Generalgouvernement hat einen Teil der Vielfalt dieser früheren Volksgruppen übernommen. Denn auch im Generalgouvernement lebt nicht nur ein einzelnes geschlossenes Volkstum, sondern [128] auf seinem Gebiet leben auch jetzt noch zahlreiche grössere und kleinere Volksgruppen.
Die zahlenmässige Stärke der einzelnen Volksgruppen im Generalgouvernement betrug Anfang 1942:

Volksdeutsche	75 000
Polen	11 300 000
Ukrainer	4 029 000
Juden	2 092 000
Goralen	90 000
Weißruthenen	15 000
Russen	6 500

Dazu kommen noch kleinere Gruppen von Georgiern, Tartaren und Armeniern.
Im Gebiet des Distrikts Warschau leben etwa 2,8 Millionen Polen, rund 600 000 Juden, etwa 6 000 Russen, 5 800 Ukrainer, 5 000 Weißruthenen und 500 Kaukasier, die sich aus Georgiern, Armeniern, Aserbeidschanen und Tartaren zusammensetzen. Dazu kommt die deutsche Volksgruppe, von der bereits 6 000 deutsche Volkzugehörige aus dem Gebiet östlich der Weichsel in das Reichsgebiet umgesiedelt worden sind.
Die erste Sorge der deutschen Verwaltung galt selbstverständlich den**Volksdeutschen,** da diese bisher in rechtlicher, sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht ausserordentlich unterdrückt gewesen sind. Wie stark die Unterdrückung gewesen ist, ergibt sich daraus, dass über 50% der deutschen Volkszugehörigen in Warschau mit Notstandsarbeiten beschäftigt waren. Sie konnten nur auf die notdürftigste Art und Weise ihr Leben fristen. Viele hatten auch wegen ihres Deutschtums den Weg in das

Konzentrationslager Beresa Katuszka antreten

müssen, wo sie den grössten Drangsalierungen ausgesetzt waren.
Als das Deutsche Reich den Weichselraum übernahm, war es die vornehmste Pflicht, die Volksdeutschen unter den Schutz des Reiches zu stellen. Die Dankesschuld, die das Deutsche Reich den **58 000 ermordeten Volksdeutschen** abzutragen hat, kann am besten durch eine Betreuung der am Leben gebliebenen Volksdeutschen abgetragen werden.
Bei der Behandlung der volksdeutschen Probleme erhob sich die Frage, wer überhaupt als Volksdeutscher zu betrachten ist; denn es [129] zeigte sich, dass plötzlich Tausende, die sich vor dem Kriege niemals zum Deutschtum bekannt hatten, den Antrag auf Erteilung der volksdeutschen Kennkarte stellten. Allein in der Stadt Warschau sind über 10 500 derartiger Anträge eingegangen, obwohl vor Beginn des Krieges nur wenige Hunderte durch Zugehörigkeit zu deutschen Organisationen sich offen zum deutschen Volkstum bekannt hatten. Im Distrikt Warschau wurden bis zum Abschluss der Kennkartenaktion Ende Mai 1942 22 455 Kennkarten erteilt.
Auf die einzelnen Kreishauptmannschaften verteilt sich diese Summe folgendermassen:

Stadt Warschau	8 010
Kreis Warschau-Land	5 979
Kreis Minsk	225
Kreis Sokolow	24
Kreis Grojec	2 051
Kreis Sochaczew	2 834
Kreis Lowitsch	2 248
Kreis Siedlce	64
Kreis Garwolin	974
Kreis Ostrow	46
	22 455

Bei der Überprüfung der eingegangenen Anträge stand das Ziel vor Augen, das deutsche Blut nach Möglichkeit dem Deutschtum zu erhalten oder ihm wieder zuzuführen. Aus diesem Grunde ist die Kennkartenausgabe in großzügiger Weise gehandhabt worden; denn

es darf nicht verkannt werden, dass gerade in Polen unendlich viel deutsches Volkstum in-
folge der jahrzehntelangen Polonisierung verschüttet worden ist. Allen, die noch einen
Tropfen Blut deutschen Wesens in sich tragen, soll zunächst einmal die Möglichkeit gege-
ben werden, zu ihrem Volkstum zurückzufinden. Die laufende Überprüfung der erteilten
Kennkarten gibt durchaus die Möglichkeit, diejenigen, die sich der deutschen Volkszugehö-
rigkeit als unwürdig erweisen, nachträglich wieder aus dem Kreis der Volksdeutschen zu
eliminieren.

Um aber auch allen den Personen, die die Voraussetzung zur Erteilung einer Kennkarte
nicht voll oder noch nicht erfüllen, die Möglichkeit zu geben, zum Deutschtum zurückzufin-
den, wurde der Deutschstämmigkeitsausweis geschaffen, der in der Hauptsache jedem er-
[130] teilt werden kann, der deutsche Vorfahren hat, ohne die deutsche Staatsangehörig-
keit oder die volksdeutsche Kennkarte zu besitzen. Obwohl diese Erfassung erst im Juni
1942 eingesetzt hat, kann schon jetzt gesagt werden, dass auch hier mit einer sehr gros-
sen Zahl von Anträgen zu rechnen ist. Um einen Begriff von der starken Durchsetzung des
Polentums mit deutschem Blut zu erhalten, genügt schon ein Blick auf die Firmenschilder,
die viele deutsche bzw. polonisierte deutsche Namen aufweisen.

Die kulturelle und soziale Betreuung der Volksdeutschen wurde in weitem Umfange in die
Wege geleitet, insbesondere wurden Fürsorgeeinrichtungen, wie Kindergärten, Lebensmit-
tel- und Kleiderausgabestellen und deutsche Lebensmittelgeschäfte, geschaffen. Ferner
wurde durch das Hilfswerk "Mutter und Kind" eine grosse Zahl Mütter und Kinder in Erho-
lung geschickt. Ein deutsches Alters- und Waisenheim, die einzigen deutschen Anstalten
dieser Art im Generalgouvernement, wurden in der Stadt Warschau errichtet.

Laufende Unterstützungen halfen über die erste Not hinweg. Sie werden auch weiterhin an
Hilfsbedürftige ausgegeben.

Dass alle Volksdeutschen an den vielen kulturellen Gütern, die inzwischen geschaffen wor-
den sind, in der gleichen Weise wie die Reichsdeutschen teilnehmen, ist eine Selbstver-
ständlichkeit.

Auch für die **polnische** Bevölkerung des Distrikts wurden die bestehenden sozialen Ein-
richtungen aufrecht erhalten. Die polnische Bevölkerung hatte durch den Krieg, in der
Stadt Warschau insbesondere unter der Belagerung und Beschießung, stark gelitten. Infol-
gedessen drängten die Polen sich in grossen Massen zu den Wohlfahrtseinrichtungen. Da
diese aber mit dem Zusammenbruch des polnischen Staates ihre Tätigkeit eingestellt hat-
ten, musste erst durch die Initiative der deutschen Verwaltung die staatliche Fürsorge- und
freie Wohlfahrtsarbeit wieder zum Anlaufen gebracht werden. Dabei erwies es sich als not-
wendig, die völlig zersplitterten Kräfte der freien Wohlfahrt zusammenzufassen und ihre
Arbeit neu auszurichten.

Zu diesem Zweck wurde der polnische Hauptausschuss in Krakau geschaffen. Als dessen
Organisation wurden bei den Kreis- und Stadthauptleuten polnische Hilfskomitees gebil-
det, von denen wiederum in Städten und Sammelgemeinden zur Erleichterung der Arbeit
Delegaturen eingerichtet wurden.

Aufgabe der einzelnen Hilfskomitees ist im wesentlichen die einheitliche Zusammenfas-
sung aller in der freien Wohlfahrt tätigen [131] Organisationen, die Unterhaltung, Einrich-
tung und Unterstützung von Anstalten und sonstigen Wohlfahrtseinrichtungen und die Ver-
teilung von Sachspenden und ausländischen Liebesgaben an die unterstützungsbedürftige
Bevölkerung.



[141] *Jüdische Volksküche.*

Zur Durchführung der Aufgaben wurden den Komitees durch das Generalgouvernement sehr hohe Subventionen zugewiesen, so dass die Komitees in den einzelnen Ortschaften Volksküchen, Kinderheime, Wärmehallen, Flüchtlingsasyle usw. unterhalten konnten. Besonders gross sind die Aufgaben des polnischen Hilfskomitees in der Stadt Warschau. In Warschau unterhält das Komitee nicht weniger als 126 Hilfsküchen, die täglich 110 000 Portionen warmes Essen ausgeben. Ferner wurde durch das Komitee auf Anregung der staatlichen Stellen eine Schrebergärtenaktion durchgeführt, wodurch brachliegendes Gelände in nutzbringende Flächen umgewandelt wurde.
Ein weiteres grosses Betätigungsfeld bildet die Hilfe bei Existenzneugründungen und die Hilfe für solche Bedürftigen, die von einer Gemeinde nicht betreut werden.
Wenn man diese Fürsorgemassnahmen gegenüber der polnischen Bevölkerung mit der Drangsalierung vergleicht, die kurz vor dem Kriege **die volksdeutsche Minderheit durch die polnischen Behörden erlitten** hat, dann zeigt dieser Vergleich am besten den grundlegenden Wandel in der Gesinnung, der hier in Polen in der Volkstumsfrage sich durchgesetzt hat.

Endlich muss noch ein Wort über die nichtpolnischen fremden Volksgruppen gesagt werden, da diese in der Stadt Warschau besonders stark vertreten sind. Sie setzen sich zum grössten Teil aus Emigranten zusammen, die seit dem Jahre 1920 aus Russland geflohen sind. Auch sie wurden wegen ihres Volkstums zur Zeit der polnischen Herrschaft stark zurückgesetzt und benachteiligt und in ihrer Entwicklung gehindert. Für die deutsche Verwaltung ist der Grundsatz massgebend gewesen, den fremden Volksgruppen die Möglichkeit der freien Entfaltung ihrer Eigenart zu geben und bei der Pflege der kulturellen Tätigkeit ihnen im Rahmen der politischen Gegebenheiten Unterstützung zuteil werden zu lassen.
Diesen Volksgruppen wurde ferner die Möglichkeit gegeben, zur Erfassung und Betreuung ihrer Volkszugehörigen in Warschau für ihre Volksgruppe ein Komitee und in den Orten des Distrikts Delegaturen zu errichten. Hiervon hat das russische Komitee durch Errichtung von zwei Delegaturen in Wolomyn und Zyrardow Gebrauch [132] gemacht. Das ukrainische Komitee hat sogar neun Delegaturen errichtet, u. a. in Sochaczew, Siedlce, Sokolow, Lowitsch, Zyrardow, Grojec, Rembertow und Pruszkow, während das weißruthenische Komitee zwei Delegaturen in Minsk und Siedlce unterhält.
Auch die Fürsorgetätigkeit wurde diesen Komitees übertragen, wofür ihnen umfangreiche finanzielle Unterstützungen gewährt wurden.
Das russische Komitee unterhält eine Hilfsküche, in der täglich 200 bis 250 Personen verpflegt werden; in der Volksküche des ukrainischen Komitees können sogar 800 Personen täglich Verpflegung erhalten.
Ausser diesen Minderheiten-Gruppen sind noch kleine Volksgruppen wie Litauer, Kosaken und Zigeuner im Distrikt Warschau vorhanden.
Die Behandlung der Volksgruppen zeigt, dass unter der deutschen Verwaltung die frühere Unterdrückung des fremden Volkstums aufgehört hat und dass jeder seinem Volkstum entsprechend im Generalgouvernement leben kann.
Eine Ausnahme gilt natürlich für diejenigen, die aus politischem Fanatismus die deutsche

Aufbauarbeit sabotieren. Gegen solche Elemente wird selbstverständlich mit aller Schärfe vorgegangen.



2. Die Juden im Distrikt Warschau
a. Die Lage bei Übernahme durch die deutsche Verwaltung

In den Jahren von 1918 bis 1933 war es den Juden in Deutschland gelungen, ihren schon in der Zeit des Kaiserreiches erworbenen Einfluss in einer geradezu ungeheuerlichen Weise zu verstärken. Begünstigt durch die Verhältnisse der Systemzeit brachten sie eine Position nach der anderen in ihre Hand, so dass sie schließlich überall in Politik, Wirtschaft und kulturellem Leben Schlüsselstellungen inne hatten.
Ihren Nachschub an Menschenmaterial bezogen die "deutschen" Juden dabei aus den Ostländern, vor allem aus der Republik Polen. Wenn sie am Schlesischen Bahnhof in Berlin ankamen, trugen sie noch ihren Kaftan. In den Straßen östlich des Alexanderplatzes wimmelte es von Ostjuden. Aber schon nach kurzer Zeit zogen sie, [133] äußerlich der Umgebung angepasst, in die westlichen Teile und schließlich in die Villenvororte Berlins.
Der Deutsche, der im Oktober 1939 in die besetzten polnischen Gebiete kam, war also von vornherein darauf gefasst, hier das Ursprungsland aller dieser Ostjuden anzutreffen. In der Tat war schon während des September-Feldzuges der starke jüdische Bevölkerungsteil nicht



[140] *Jüdische Bettelkinder.*

zu übersehen. Wo deutsche Truppen in eine Ortschaft kamen, tauchten alsbald die typischen Judengestalten auf, um zu betteln oder den Deutschen irgend etwas zu verkaufen. Ebenso wie in Deutschland und anderen Ländern Mittel- und Westeuropas hatten die Juden es auch in der Republik Polen verstanden, sich maßgebenden Einfluss auf allen Lebensgebieten zu verschaffen. Sie saßen in den polnischen Ämtern, sie spielten eine Rolle im kulturellen Leben und sie hatten vor allem die Fäden in Industrie, Handel und Gewerbe in der Hand.
Einen entscheidenden Unterschied zu den Verhältnissen in Deutschland bildete jedoch die Tatsache, daß die Juden in ihrer Mehrzahl hier nicht als Händler oder als Intellektuelle auftraten, sondern dass darüber hinaus große Massen von jüdischen Handwerkern und jüdischen Arbeitern vorhanden waren.
Bei dieser Sachlage hatte die deutsche Verwaltung nicht nur die Aufgabe, den nach dem Polenfeldzug noch vorhandenen Einfluss der Juden in der Wirtschaft und im kulturellen Leben zu brechen, sie sah sich vielmehr in erster Linie dem Problem gegenüber, mit einem zahlenmässig ausserordentlich starken jüdischen Bevölkerungsteil fertig zu werden.
Besonders schwierig lagen insoweit die Verhältnisse in der Stadt Warschau. Von rund 1,2

Millionen Einwohnern, die Warschau vor dem Kriege hatte, war etwa jeder Dritte ein Jude. Einige Bezirke der Stadt hatten 80 und sogar 90% jüdische Bevölkerung. Im Straßenbild der gesamten Stadt war die Verjudung augenscheinlich.



b. Die Notwendigkeit der Bildung jüdischer Wohnbezirke

Diese Juden lebten, soweit sie nicht bereits "arriviert" waren und in den polnischen Stadtteilen wohnten, unter hygienischen Bedingungen, die unbeschreiblich waren. Die Straßen der jüdischen Stadtviertel waren von einem orientalisch anmutenden Gewimmel sich schiebender, feilschender und gestikulierender Juden bevölkert. Die Hinterhöfe und die Wohnungen, die gelegentlich bei polizeilichen [134] Aktionen betreten werden mussten, boten Bilder von Verkommenheit und Schmutz, wie sie sonst kaum zu finden sein dürften. Diese Stadtviertel waren denn auch der Herd des Fleckfiebers, des Bauchtyphus, der Ruhr und anderer ansteckender Krankheiten. Das Bestreben, die deutschen Wehrmachtangehörigen und Beamten und die polnische Bevölkerung vor größeren Epidemien zu bewahren, mußte von vornherein als aussichtslos erscheinen, solange es nicht gelang, den jüdischen Herd der Seuchen einigermaßen zu isolieren. Dies war die erste und zugleich zwingendste Überlegung, die auf die Bildung jüdischer Wohnbezirke hinwies.
Dazu kamen weitere nicht weniger ernste Gesichtspunkte. Die gesetzgeberischen Maßnahmen, die erlassen wurden, um den Einfluss des Juden aus dem kulturellen Leben und der Wirtschaft auszuschalten, zeitigten zwar gewisse Erfolge. Im Laufe der ersten Zeit der deutschen Verwaltung zeigte sich aber immer stärker, dass Maßnahmen dieser Art letzten Endes nicht ausreichen würden. Es mußte also auch aus diesen Gründen zu einer räumlichen Zusammenfassung der Juden geschritten werden.
Schließlich konnte auch nur auf diesem Wege der Wunsch verwirklicht werden, das jüdische Gepräge aus den Straßen der Stadt verschwinden zu lassen. Es erschien auf die Dauer untragbar, in einer Großstadt wie Warschau auf Schritt und Tritt Juden zu begegnen und alle die Schwierigkeiten in Kauf zu nehmen, die notwendigerweise eintreten müssen, wenn in einem unter deutscher Hoheit stehenden Gebiet Juden uneingeschränkte Freizügigkeit besitzen.
So kam es in der Stadt Warschau bereits im Jahre 1940 - früher als in den anderen Distrikten des Generalgouvernements - zu der Bildung eines jüdischen Wohnbezirks.





[136] *Grenzmauer des jüdischen Wohnbezirks in Warschau.*

c. Die jüdischen Wohnbezirke im Distrikt Warschau

Schon kurz nach der Besetzung der Stadt Warschau waren diejenigen Stadtteile, die überwiegend von Juden bewohnt waren, zum Seuchensperrgebiet erklärt worden. Dieses Gebiet sollte von Deutschen grundsätzlich nicht betreten werden, um dadurch die Ansteckungsgefahr zu vermindern. Wirksame Umgruppierungen waren jedoch mit dieser Maßnahme nicht verbunden. Die polnischen [135] und sogar die volksdeutschen Bewohner



[136] *Ein Eingangstor zum jüdischen Wohnbezirk.*

durften im Seuchensperrgebiet wohnen bleiben, die über das ganze Stadtgebiet verteilt wohnenden Juden brauchten ihre Wohnungen nicht in das Sperrgebiet zu verlegen.

Im Frühjahr 1940 wurden sodann die Beratungen über die Bildung eines oder mehrerer jüdischer Wohnbezirke in der Stadt Warschau aufgenommen. Zunächst wurde die Errichtung zweier jüdischer Wohnbezirke am Rande der Stadt geplant. Aber schliesslich wurde doch beschlossen, einen jüdischen Wohnbezirk an der Stelle der bis dahin schon



[137] *An der Grenzmauer.*

überwiegend von Juden bewohnten Stadtteile, also an der Stelle des alten Seuchensperrgebietes, zu errichten.

Die Umsiedlungsmaßnahmen umfassten rund 700 Volksdeutsche, 113 000 Polen und 138 000 Juden. Es wurden 11 500 nichtjüdische Wohnungen im jüdischen Wohnbezirk und 13 800 jüdische Wohnungen in der übrigen Stadt aufgegeben.

Die ursprünglich vorhandene Zahl von etwas mehr als 400 000 Juden ist dadurch vergrößert worden, daß in den Monaten Februar und März 1941 die in den westlichen Kreisen des Distrikts Warschau lebenden Juden in den jüdischen Wohnbezirk umgesiedelt wurden.



[137] *Verbindungsbrücke zwischen Nord- und Südteil des jüdischen Wohnbezirks.*

Der jüdische Wohnbezirk in Warschau ist ein geschlossener Bezirk, das Gebiet ist durch Mauern, Zäune und dergleichen gegen die Umwelt abgeschlossen, der Personen- und Warenverkehr ist nur mit besonderer Genehmigung zulässig.

Über die verwaltungsrechtliche Struktur ist folgendes zu sagen: Als Vertretung der Juden wurde bereits im Jahre 1939 ein Judenrat gebildet, der in Warschau aus 24 Mitgliedern besteht und von einem Obmann geleitet wird. Diesem Obmann des Judenrates in Warschau wurden die Aufgaben und Befugnisse eines Bürgermeisters übertragen. Damit ist zum



[138] *Strassenhandel im jüdischen Wohnbezirk.*

Ausdruck gekommen, daß dem jüdischen Wohnbezirk in Warschau bis zu einem gewissen Grade die Stellung einer selbständigen Gemeinde zuerkannt wird, deren Bürgermeister unter voller eigener Verantwortung die Gemeindeangelegenheiten führt.

Die deutsche Aufsicht wurde zunächst durch den Leiter der Abteilung Umsiedlung ausgeübt. Später wurde die Dienststelle eines Kommissars für den jüdischen Wohnbezirk geschaffen. Der Kommissar, der dem Gouverneur unmittelbar untersteht, führt wie ein



[138] *Jüdische Händler.*

Stadthauptmann die Aufsicht über die jüdische Verwaltung. Zur Vermittlung des Wirtschaftsverkehrs zwischen dem jüdischen Wohn- [136-141=Fotos] [142]bezirk und der Umwelt wurde die **in einem früheren Kapitel dieses Buches bereits erwähnte Transferstelle Warschau** als öffentlich-rechtliche Körperschaft errichtet. Sie ist eine rein deutsche Dienststelle und untersteht ebenfalls der Aufsicht des Kommissars für den jüdischen Wohnbezirk. Sie hat die Aufgabe, den Wirtschaftsverkehr des jüdischen Wohnbezirks zu überwachen.

Die jüdische Verwaltung hat, entsprechend den ihr zugewiesenen Aufgaben, einen ausschließlich mit Juden besetzten Verwaltungsapparat, der alle Zweige der Kommunalverwaltung umfasst. So hat beispielsweise der Obmann des Judenrates eine Abteilung für Gesundheitswesen, ein Quartieramt, ein Meldeamt, eine eigene Steuer- und Finanzabteilung usw. Darüber hinaus ist im jüdischen Wohnbezirk in Warschau zusätzlich eine Reihe von Einrichtungen geschaffen worden, um die deutschen und polnischen



[140] *Der jüdische Ordnungsdienst.*

Verwaltungsstellen zu entlasten und den Einsatz von Ariern im jüdischen Wohnbezirk nach Möglichkeit zu vermindern. Dabei sind zu nennen der jüdische Ordnungsdienst in Stärke von 2 000 Mann, der unter Aufsicht der deutschen und polnischen Polizei ordnungs-, gewerbe- und sanitätspolizeiliche Aufgaben zu erfüllen hat, ferner die jüdische Postverwaltung, die die gesamte für den jüdischen Wohnbezirk bestimmte Post von der Deutschen Post Osten übernimmt und im jüdischen Wohnbezirk weiterverteilt, ebenso auch die ausgehende Post sammelt und geschlossen aufliefert. Eigene



[139] *Jüdische Werkstätten.*

Verkehrsbetriebe und ähnliche Einrichtungen vervollständigen dieses Bild.

Auf wirtschaftlichem Gebiet sind eine Reihe von Maßnahmen getroffen worden, um die jüdische Arbeitskraft nutzbringend einzusetzen. Die jüdischen Werkstätten haben mit ständig steigenden Beschäftigtenziffern Aufträge der arischen Wirtschaftsseite ausgeführt, vor allem auch in großem Umfange für Wehrmachtbestellungen gearbeitet. Die Beschaffung von Lebensmitteln und sonstigem Bedarf erfolgt durch die Versorgungsanstalt für den



[139] *Jüdischer Schneiderbetrieb.*

jüdischen Wohnbezirk, die unter Aufsicht der Transferstelle Warschau die benötigten Waren ankauft und nach den Weisungen des Kommissars innerhalb des jüdischen Wohnbezirks verteilt.
Außer den im jüdischen Wohnbezirk in Warschau befindlichen Juden leben in den Ostkreisen des Distrikts noch etwa 110 000 Juden. Diese Juden sind in einigen kleineren geschlossenen Wohnbezirken zusammengefasst, so in Siedlce und Sokolow, und im übrigen leben sie in einer größeren Zahl nicht geschlossener Wohnbezirke.



[143]
d. Erfahrungen und ihre Auswertung

Der jüdische Wohnbezirk in Warschau besteht nunmehr seit über zwei Jahren. Die während dieser Zeit gesammelten Erfahrungen sind außerordentlich wertvoll für die Beurteilung der Frage, ob die bisher getroffenen Maßnahmen zweckmässig waren.



[141] *In einem jüdischen Seuchenkrankenhaus.*

Dabei hat sich zunächst eines mit aller Deutlichkeit gezeigt: Die Bildung eines geschlossenen jüdischen Wohnbezirkes in der Stadt Warschau war das richtige Mittel, um die Ausbreitung des Fleckfiebers auf die arische Bevölkerung zu verringern. Trotz der engen Verzahnung zwischen dem jüdischen Wohnbezirk und der übrigen Stadt Warschau und trotz einer Reihe von Mängeln in der Absperrung ist erreicht worden, daß lange Zeit hindurch die arische Bevölkerung nur 10% der gesamten Fleckfieberfälle stellte, während gleichzeitig in den Ostkreisen, in denen eine schärfere Konzentration der Juden noch nicht durchgeführt war, der Anteil der arischen Bevölkerung 30 und mehr Prozent betrug. Allein diese Feststellung rechtfertigt die seinerzeitige Errichtung des jüdischen Wohnbezirkes.
Weiter hat sich allerdings auch gezeigt, daß der Schutz der arischen Bevölkerung vor dem Fleckfieber nicht vollkommen sein kann, wenn das Prinzip der Abschliessung der Juden

nicht mit der notwendigen Konsequenz durchgeführt wird. Die Lage eines großen jüdischen Wohnbezirks inmitten einer Großstadt macht es erforderlich, übersichtliche klare Grenzverhältnisse zu schaffen und bei der Überwachung der Grenzen auf jede unangebrachte Sentimentalität zu verzichten. Weiterhin ist es notwendig, auf einem möglichst großen Gebiet weitgehend gleiche Bedingungen zu schaffen, damit der Jude keinen Anreiz hat, seinen jüdischen Wohnbezirk zu verlassen.
Auch in wirtschaftlicher Beziehung kann, wie die bisherigen Erfahrungen bereits gezeigt haben, selbst bei einem so schwierigen Gebilde, wie es ein jüdischer Wohnbezirk mit zeitweise 500 000 Einwohnern nun einmal ist, ein zufriedenstellendes Ergebnis erzielt werden. Voraussetzung dafür ist allerdings das Vorhandensein einer gut arbeitenden Vermittlung, wie sie die Transferstelle Warschau darstellt. Das Ziel muß dabei immer sein, die jüdische Arbeitskraft entsprechend den Notwendigkeiten des Krieges möglichst nutzbringend einzusetzen. Mindestens muß eine produktive Arbeitsleistung erzielt werden, deren Gegenwert zur Deckung der Lebensbedürfnisse der Juden ausreicht, so dass es nicht zu einer unerwünschten Inanspruchnahme von Fürsorgemitteln kommt.
[144] Die mit der jüdischen Verwaltung gemachten Erfahrungen lassen die Feststellung zu, daß das Organisationstalent der Juden nicht ihrer durchschnittlichen Intelligenz entspricht. Trotz einer Fülle von Angestellten, von Kommissionen, von Sitzungen gelingt es den Juden nur selten, aus eigener Kraft Ordnung in die Dinge zu bringen. Untereinander sind sie von krassem Egoismus. Die von ihnen ausgeübte soziale Tätigkeit kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß jeder einzelne letzten Endes nur auf seinen eigenen Vorteil bedacht ist. Sie sind weit entfernt davon, eine Gemeinschaft zu bilden.
Andererseits führen ihre Vertreter die Anweisungen der deutschen Aufsichtsstelle im allgemeinen zufriedenstellend aus. Es hat sich als richtig erwiesen, mit einer verhältnismässig geringen Zahl deutscher Kräfte ausschließlich Aufsichtstätigkeit auszuüben und die Verwaltung selbst - unter Heranziehung der wenigen organisatorisch befähigten Personen - den Juden zu überlassen.
Es ist selbstverständlich, daß alle auf diesem Gebiet getroffen Maßnahmen bis zur endgültigen Lösung der Judenfrage nur Übergangsmaßnahmen sind.